Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1892

7.5.1892 (No. 103)

Visual Library

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonn- und Feiertags und kostet in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg. (monatlich 70 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 2 Mk. 25 Pfg., mit Bestellgeld 2 Mk. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrirte achtseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen".

Anzeigen: Die sechsspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg., Reklamen 25 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaux an.

Redaktion und Expedition: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

№ 103. Samstag, den 7. Mai 1892.

△ Nachklänge zur Jubiläumsfeier.

Seit dem Erscheinen unseres Artikels „Zum Regierungs-Jubiläum des Großherzogs von Baden" in der „Köln. Volksztg." und sodann im „Bad. Beob." und „Freib. Boten" hat das Verhalten der badischen officiösen Presse in der That nur den Eindruck hervorrufen können, daß den Herren Nationalliberalen ein geplantes Spiel verdorben wurde.

Wir sind in jenem Artikel dafür eingetreten, daß der Krone die Ehre werde, welche die Unterthanen ihr schulden. Es ist uns wahrlich schmerzlich genug, daß die nationalliberalen Thaten in den letzten Decennien unsere Feststimmung bitter trüben. Wir beklagen sehr, daß das Vorgehen der nationalliberalen Regierung am letzten Geburtsfeste unseres Landesherrn es nothwendig erscheinen ließ, rechtzeitig uns gegen einen etwaigen Versuch von liberaler Seite zu verwahren, „des Landesherrn als ihres Parteigenossen" auch bei diesem Jubiläum „sich offen zu rühmen" und die dem Fürsten gezollte Huldigung zu einer Anerkennung der Thaten jener politischen Partei zu stempeln.

Wie begründet aber unsere Verwahrung wirklich war, bezeugt nicht bloß jene kürzlich von Ihnen berührte konservative Stimme aus der „Kreuzzeitung", sondern auch die Entrüstung der nationalliberalen, speciell der officiösen Presse, allen voran der ministeriellen „Bad. Korrespondenz" über unseren Artikel und folgende, neuerdings in der Amtsverkündigerpresse verbreitete Notiz:

„Der Herr Erzbischof von Freiburg erläßt einen Hirtenbrief zum vierzigjährigen Regierungsjubiläum Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, durch welchen für den badischen Antheil der Erzdiöcese die Kirchenfeier, wie bereits mitgetheilt wurde, für Sonntag, den 1. Mai, festgesetzt wird. Der Hirtenbrief, der am 1. Mai von den Kanzeln herab verlesen werden soll, zeichnet sich in Form und Inhalt durch tonale Gesinnung aus und muß als eine gründliche, von berufenster Stelle ausgehende Abweisung einer vor wenigen Tagen gleichfalls aus Anlaß des Regierungsjubiläums von der badischen Centrumspresse verübten Taktlosigkeit freudig begrüßt werden. Indem der Herr Erzbischof dem Wunsche und der Ueberzeugung Ausdruck gibt, daß die badischen Katholiken dem „durch seine persönliche Milde und Güte beliebten Herrscher" öffentlich und gemeinsam die ehrfurchtsvollsten Dankesbezeugungen zum Jubiläum widmen werden, bestätigt er die von der „Bad. Korr." ausgesprochene Behauptung, daß — woran niemals gezweifelt werden konnte — die katholischen Unterthanen des Großherzogs nichts gemein haben mit den berüchtigten Aeußerungen jener Organe, die sich fälschlicherweise als das Sprachrohr der Gesinnungen des katholischen Volkes bezeichnen."

Unser Oberhirte hat in seinem Hirtenbriefe zu keinen Regierungshandlungen und politischen Fragen Stellung genommen. Er hat vielmehr lediglich seinen Diöcesanen die christliche Auffassung von der Bedeutung des Königthums von Gottes Gnaden und die Pflicht christlicher Unterthanen zur Treue und Ehrerbietung gegen ihren Fürsten vor Augen gestellt. Gerade weil in unseren Augen das Königthum jene hohe Bedeutung hat, sehen wir in dem Versuche, Parteibestrebungen durch die Krone zu decken, eine verfassungswidrige Störung des naturgemäßen Verhältnisses zwischen Fürst und Volk, die an Stelle des Vertrauens und der Liebe Entfremdung verursacht und den Männern des Umsturzes vorarbeitet — und wir handeln im eigensten Interesse der monarchischen und konstitutionellen Staatsordnung, wenn wir offen und ohne Scheu solchen Bestrebungen entgegentreten. Die Erfüllung unserer Unterthanenpflicht aber ist für uns nicht davon abhängig, ob wir des Fürsten Ohr besitzen oder nicht; sie ist aber auch begründet in unserer christlichen Auffassung von der Würde der rechtmäßigen Obrigkeit. Genau in diesem Sinne, welcher dem des Hirtenbriefes völlig entspricht, hat unser Artikel diese Pflicht betont. Es ist nur dann möglich, zwischen dem erzbischöflichen Hirtenschreiben und unseren Ausführungen einen Gegensatz zu konstruiren, wenn man mit der logischen Sprungfertigkeit der Nationalliberalen jene Treue und Ehrerbietung nicht für das von Gottes Gnaden stammende fürstliche Amt, sondern für die persönliche politische Ansicht des Fürsten, insofern sie nationalliberal ist, in Anspruch nimmt. Während der Hirtenbrief nur Grundsätze ausspricht und keine Regierungshandlungen berührt, haben wir nicht umhin gekonnt, an Thatsachen zu erinnern. Diese Thatsachen sind nicht widerlegt. Für sie trägt im konstitutionellen Staate das Ministerium die Verantwortung. Wir fragen nun: wie kann die officiöse Presse den Hirtenbrief gegen die Aufzählungen der Großthaten ihrer Partei ausspielen, ohne ihm selbst die Bedeutung einer „gründlichen, von berufenster Stelle ausgehenden" prinzipiellen „Abweisung" des nationalliberalen Vorgehens zuzuweisen? Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie! Immerhin aber beweist sie durch diese Verwechslung von Krone und Partei eben, daß es bei uns leider bei solchen Huldigungen stets einer Klausel bedarf, welche derartigen nationalliberalen Taschenspielereien vorbeugt. Sie rechtfertigt somit den Standpunkt unseres Artikels selbst glänzend.

Es gehört in der That die ganz badisch-nationalliberale Dreistigkeit dazu, den Erzbischof von Freiburg zum Danke für den gelieferten Beweis seiner fürstentreuen Gesinnung nun gegen die Beschwerden und Forderungen ausspielen zu wollen, die er wie seine Vorgänge stets der Regierung gegenüber pflichtgemäß vertreten hat und vertreten wird. Man muß wirklich sehr verblendet sein, wenn man glaubt, durch solche unwürdige Preßstückchen das Volk über die Stellung seines Oberhirten zu den Lebensfragen der katholischen Kirche täuschen und die im Rechtsgefühl der Katholiken begründete Opposition matt setzen zu können. In unserem Lande ist die Imparität so weit getrieben, daß z. B. an der stiftungsgemäß katholischen Universität Freiburg fast kein gläubiger Katholik mehr als Lehrer Zulassung finden kann und die Regierung ruhig zusieht, wie die akatholischen Professoren dieser Hochschule die ausdrücklich dem katholischen Kult gewidmete Universitätskirche den Katholiken entziehen und dem Protestanten überweisen. Dieselbe Regierung brach ohne Weiteres ihr der katholischen Kirchenbehörde gegebenes Versprechen, die Scheidemauer zwischen dem katholischen Chor und dem protestantischen Schiff der Heidelberger Heiliggeistkirche wieder aufzubauen, wenn das Heidelberger Universitätsjubiläum vorüber sei, zu dessen Feier die zeitweilige Entfernung jener Mauer kirchlicher Seits gestattet worden war. Ein reichsgerichtliches Urtheil wurde nöthig, um die Folgen dieses protestantenfreundlichen Vorgehens von den Katholiken abzulenken. Und im Laufe dieses Prozesses wurde regierungsseitig sogar das staatlich anerkannte Oberaufsichtsrecht des Erzbischofs über das Kirchenvermögen mit der dreisten Insinuation in Abrede gestellt, durch die bischöfliche Oberaufsicht würde das örtliche Kirchenvermögen gefährdet, wenn der Staat dasselbe nicht schütze! Eine Gesetzesbestimmung räumt der Regierung das Recht ein, Ordensniederlassungen zu genehmigen. Jahrelang wird schon von der Kirchenregierung um solche Genehmigung gebeten, ohne Erfolg; ja die Regierung findet es nicht unpassend, bisweilen überhaupt keine Antwort zu geben. Für Ordensmänner ist in Baden kein Raum — aber socialdemokratischen Agitatoren wie Rüdt werden anstandslos von der Oberschulbehörde Schulsäle zugestanden zur Erziehung der Jugend in Gottlosigkeit und Fürstenhaß! Mag die Regierung so verblendet sein, daß sie bei dem vernehmlichen Grollen der socialen Revolution meint, die idealsten Faktoren im Volke, die Religiosität, die begeisterte Bethätigung heroischer Tugend fortdauernd in Fesseln halten und den Wind irreligiöser Anschauungen frei aufsäen lassen zu dürfen — ohne Sturm zu ernten! Aber sie möge doch nicht erwarten, daß wir Angesichts solcher Dinge ihr das Zeugniß geben, sie halte Wahrheit, Freiheit und Recht hoch! Und wenn Tausende von Festrednern am 1. Mai uns betheuern, wie frei die Kirche, die Religionsübung der Katholiken in Baden sei — meinen sie Glauben zu finden, wo die besten Söhne und Töchter unseres Landes ihre Heimath verlassen müssen, wenn sie so ihrem Heiland nachfolgen wollen, wie dieser es einst dem reichen Jünglinge gerathen? Ueber die Dinge, die wir in unseren früheren Artikel namhaft gemacht, die wir eben berührt haben, die Dinge, die kürzlich in den historisch-politischen Blättern zur Sprache kamen, zu schweigen, während wir sie als schwärende Wunden unseres Staatswesens erkennen, wäre ein Unrecht gegen die staatliche Ordnung, um so mehr, wenn wir sehen, wie zur Deckung der verfassungsmäßig hiefür verantwortlichen Organe die Krone vorgeschoben wird. Wahrlich, die Herren Nationalliberalen sind nach jeder Richtung unschuldig daran, daß noch die christliche Ueberzeugung, die unverwirrte Erkenntniß in uns lebe von unserer Gewissenspflicht, unter allen Umständen unserem Fürsten die Treue zu halten!

Noch ein Wort zur verunglückten Grabesrede auf dem Jähringer Friedhof

von Theodor Wacker.

I.

Nach einer eingehenden Darstellung des Vorkommnisses auf dem Jähringer Friedhof ist zuerst das Geschrei nahezu ganz verstummt, welches auf der ganzen socialdemokratisch-nationalliberalen Linie sich erhoben hatte. In solchen Fällen zeigt sich ja jeweilß eine rührende Einmüthigkeit dieser beiden Elemente, die nie mehr ihre Blutsverwandtschaft an den Tag legen, als wenn es gegen Kirche und „Pfaffen" geht.

Von Schritten bei der weltlichen oder geistlichen Behörde habe ich nichts gehört. Auch die Berather gewisser Elemente in Jähringen scheinen ein Haar darin gefunden zu haben. Das ist fast Schade; es hätte recht interessant werden können. Auf einmal ist durch eine Reihe von Blättern die Meldung verbreitet worden, daß in Jähringen eine Petition cirkulire, welche meine Versetzung verlange. Ich werde kaum zu versichern brauchen, daß die Nachricht mich nicht niedergeschmettert hat. Wenn mir in meinem Leben nichts Schlimmeres passirt, als eine Versetzung von Jähringen, so werden meine Geschicke erträglich sein. Nebenbei bemerkt, ist eine Versetzung ebensowenig ein Gegenstand meiner Wünsche als meiner Besorgnisse. **Uebrigens ist diese Nachricht gänzlich falsch.** Es ist nicht unmöglich, daß Einzelne in Jähringen meine Versetzung wünschen und gerne bereit wären, eine Petition in diesem Sinne zu unterschreiben und auch zu kolportiren. Allein diese Elemente (die ja in jeder Gemeinde vertreten sind) würden noch ganz andere Veränderungen vornehmen, als die Versetzung des Pfarrers, wenn ihr Wille entscheidend wäre. Thatsächlich ist jedoch keine Petition in Umlauf gewesen. Wenn man auswärts glaubt, Jähringen sei halb im Aufruhr gegen den Pfarrer, so täuscht man sich sehr.

An zwei Stellen hat man sich übrigens auch nach meiner Erörterung des Falles nicht zufrieden gegeben: beim socialdemokratischen „Volksfreund" von Offenburg und — beim Großh. Bezirksamte in Freiburg.

Die Redaktion des genannten Blattes hat das Gericht angerufen, weil ich einen ihrer rohen Angriffe auf einen in jedem Betracht unbescholtenen Priester als „neueste Buberei" bezeichnete und ihr noch einige andere Komplimente widmete, die mir sachgemäß schienen. Die Redaktion dieses Blattes, deren Vertreter der Abg. Rüdt charakteristischer Weise förmlich verhimmelte und mit Berufung auf das Urtheil der Offenburger Bürgerschaft als „Ehrenmann" bezeichnete, ist bereits in jeder Nummer angelegentlich bemüht, Beweismaterial dafür zu liefern, daß ein milderes Urtheil gegen die Wahrheit verstoßen würde. Das zeigt sich nicht am wenigsten in solchen Artikeln, die von Jähringer Angelegenheiten handeln und speciell mir gewidmet sind. Ohne faustdicke Unwahrheiten, die den Charakter der Lüge haben, soweit es sich um den Urheber handelt, geht es gewöhnlich nicht ab. So hat dieses Blatt es auch mit der Behandlung des Vorganges auf dem Friedhof gemacht und zwar in der Zeit, da meine Darstellung der Sache bereits veröffentlicht war. Zu wiederholten Malen wurde mir u. A. nahegelegt, ich hätte den Leuten auf dem Gottesacker erklärt: „Es sei zwar üblich, Weihwasser in das Grab zu spritzen, **aber das habe keinen Werth".** Das ist eine so greifbare Lüge, daß auch der „Ehrenmann beim Offenburger Volksfreund" sie als solche hätte erkennen können, als sie ihm zur weiteren Verbreitung übermittelt wurde.

Beim Großh. Bezirksamt Freiburg resp. beim gegenwärtigen Leiter desselben, Herrn Geh. Regierungsrath Sonntag, herrscht mir gegenüber der gleich gute Wille wie beim socialdemokratischen „Volksfreund", indessen bemüht man sich minder plump vorzugehen.

Es wurde der „Breisg. Ztg." folgende Zuschrift übermittelt:

„Im „Bad. Beobachter" veröffentlicht Herr Pfarrer Wacker eine längere Erklärung über den bekannten Vorfall bei der Beerdigung eines Militärvereins-Mitgliedes in Jähringen. Da dieselbe von der ganz falschen Voraussetzung ausgeht, als ob der Geistliche das Recht hätte, eine Ansprache „nach Beendigung seiner Funktionen" zu verbieten, so dürfte es wohl im allgemeinen Interesse liegen, eine sachgemäße und wahrheitsgetreue Darstellung des gegenseitigen Verhältnisses zu geben. In § 1 der für alle Militärvereine in Baden gültigen Satzungen ist unter „Zweck des Vereins" auch die Bestimmung aufgeführt, „Dahingeschiedenen Kameraden die letzten Ehren zu erweisen". Dieser Vorschrift wird nicht nur in allen badischen Vereinen, sondern soviel uns bekannt, auch im ganzen Deutschen Reich dadurch entsprochen, daß der betr. Militärverein offiziell als solcher an der Beerdigung theilnimmt und der Vorstand, nachdem der Geistliche seine Funktionen beendigt hat, am Grabe die Personalien verliest und in einigen Worten dem verstorbenen Kameraden einen kurzen Nachruf widmet. Dieser schöne Gebrauch, der stets auf alle Anwesenden und besonders auf die Hinterbliebenen den erhebendsten Eindruck macht, wird überall, wo Militärvereine existiren, unbeanstandet durchgeführt und nur allein dem Herrn Pfarrer Wacker von Jähringen war es vorbehalten, darin einen Verstoß gegen die Vorschrift der katholischen Kirche, welche dem Geistlichen das Sprechen am Grabe verbietet, zu erblicken. Sämmtlichen Vereinen des Badischen Militärvereins-Verbandes ist es empfohlen, sich bei Betheiligung an einer religiösen Feier mit dem betr. Ortsgeistlichen in's Benehmen zu setzen; dies geschah auch vom Jähringer Verein bereits im August 1888, worauf der Geistliche erwiderte, es sei kirchlich verboten, und nur der Erzbischof könne Dispens ertheilen. Daraufhin beschloß

Im Banne geheimer Mächte.

90) Originalroman von Adolphe Belot.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Fortier ließ einen raschen, spähenden Blick umherschweifen, ob er weitersprechen dürfe. Man war allein, unbelauscht. Das Gespräch fand in einer dunklen hinteren Ecke der Gesammtzelle statt, welche die übrigen Gefangenen soeben verlassen hatten, um seitwärts am Ende des Mittelganges ihre Essenrationen zu erhalten. Bérard und Fortier waren, um sich ihrem Gespräch hinzugeben, zurückgeblieben, und es war ihnen gelungen, in dem dunklen Hintergrunde des Zwingers unbemerkt zu bleiben. Zwar wußten sie, daß sie zur Strafe für ihr Zurückbleiben die Mahlzeit nicht erhalten und sich einen halben Fastag zuziehen würden, ja, sie wußten, um eine noch schärfere Korrektion zu vermeiden, vorgeben, daß sie keinen Appetit zum Essen gehabt, doch sie unterzogen sich gern dem Opfer, bis zum Abend zu hungern, um jetzt für wenige kostbare Minuten des unbelauschten Flüsterns mit einander allein zu sein.

„Dieser Robin, ehemaliger Soldat, ist Gefangenenaufseher in den Kolonien, als solcher schon dort gewesen. Er gehörte zu denjenigen Aufsichtsbeamten, welche, wie es Gebrauch ist, nach mehrjährigem Dienst daselbst auf ein Jahr oder länger nach Frankreich zurückbeurlaubt und dort mit leichtem Interimsdienst beschäftigt werden. Während der unseligen Affaire, die mich in's Unglück stürzte und bei der er jenem reichen Schurken als bezahlter Verbündeter diente, befand er sich auf solchem Urlaub in Frankreich."

„Heute traf ich ihn hier wieder," fuhr Fortier fort, „als Führer der Wächterabtheilung, der auch unsere Zelle untersteht. Kein Zweifel; er hat seinen Dienst wieder angetreten und sich zu diesem Transport gemeldet, um mich unter seiner Gewalt zu haben. Er will mich verderben."

„Welch' ein Elender!"

„Er hat es mir angedroht, mir geschworen; mich mit seiner Rache zu verfolgen. Wenn es sich nur um mich handelte, so würde ich seiner Bosheit lachen, ihr nöthigenfalls die Kraft meiner Faust entgegensetzen, und wenn es mich das Leben kostete, — denn mein Kerker ist nicht mein Leben, wenn es sich um mich allein handelte. Allein ich fürchte Anderes. Ich fürchte irgend eine Infamie von Seiten dieses Schurken hinsichtlich Marcelle Hélèrts."

„Was ist's mit Marcelle?"

„Sie ist — bedarf es überhaupt erst der Worte, es auszusprechen, was Niemand bezweifeln konnte, der sie kennt — sie ist mir treu geblieben. Es ist mir in der Kolonie die Möglichkeit geboten, Sträfling mit Vergünstigung der Konzessionen zu werden, die Erlaubniß zum Heirathen zu erhalten — man hat es mir für den Fall guter Führung versprochen, da mir bei meiner Verurtheilung mildernde Umstände zugebilligt wurden. Marcelle wird auf mich warten und mein Weib werden, sobald ich das mir vorgesteckte Ziel der Konzessionen erreicht. Vorläufig wird sie mir in Neu-Caledonien durch ihre Nähe Trost und Stärke zu meinem Streben verleihen. Sie hat bei der Regierung die Vergünstigung ihrer Uebersiedelung nachgesucht und erhalten, sie weilt vielleicht schon jetzt dort. Aber — und dieser Gedanke ist es, der mich erschreckt — auch Robin wird sie dort finden, er, der Schurke, der in Freiheit ist, um zu handeln, während ich, der sie beschützen sollte, Gefangener und in Banden bin! Ich fürchte seine Bosheiten, seine Intriguen, die sich nicht nur meinem Bestreben entgegenwenden, sondern vielleicht mehr noch gegen Marcelle selbst richten werden, um sie zu vernichten, zu vertreiben, weil er weiß, daß er mich dadurch am härtesten trifft."

„Wir werden wachen, werden mit einander verbündet, zum Guten streben und auf Gott hoffen. Das Vertrauen unserer Vorgesetzten, das wir uns durch tadellose Führung erwerben müssen, wird unsere Waffe sein. — Still, wir werden unterbrochen, dort kehren unsere Leidensgeführten unter der Führung der Aufseher zurück. Zeigen Sie mir diesen Robin."

Die Sträflinge des Zwingers, jeder mit seinem Essennapf in den Händen, einer hinter dem anderen, ihre Reihe zwischen vier bewaffneten Wächtern und gefolgt von einem Oberaufseher, schritten in ihre halbdunkle Gitterzelle zurück. Fortier bezeichnete Bérard den Oberaufseher, einen mittelgroßen, häßlich aussehenden Mann von gelblicher Gesichtsfarbe und unverkennbar bösartigem Ausdruck der Züge, und flüsterte ihm zu:

„Er ist es!"

Einer der bewaffneten Wächter rief durch das Gitter hinein, daß zwei Gefangene bei der Mahlzeitvertheilung gefehlt und fragte, weshalb es geschehen. Fortier und Bérard antworteten, daß ihre niedergedrückte Stimmung ihnen nicht zu essen gestatte und sie sich krank fühlten.

„Der Hunger wird Euch gesund machen und Eure niedergedrückte Stimmung wieder aufrichten," erwiderte der Wächter mit rohem Lachen. „Vor morgen früh bekommt Ihr Nichts! Bis dahin hungert Euch Appetit an."

Die Gitterthür fiel hinter den letzten eintretenden Sträflingen in's Schloß, die Wächter schritten weiter, um mit einem anderen Käfig die Rationenvertheilung vorzunehmen.

4. Kapitel.

Die Fregatte setzte bei schwachem Winde ihre Fahrt gegen Süden fort. Sie erreichte die Westküste Afrikas, verfolgte diese eine Zeit lang und richtete dann ihren Lauf westlich nach der Küste von Brasilien zu. Zwar war diese Richtung momentan eine ihrem Ziel entgegengesetzte, da Brasilien westlich, Neu-Caledonien jedoch fern im Osten lag, doch kam es darauf an, das Gebiet gewisser beständiger Windströmungen zu gewinnen, welche von Westen aus ein günstigeres Umschiffen des Kaps der Guten Hoffnung gestalteten.

Die Sträflinge litten schwer unter dieser Fahrt, zusammengepfercht in den engen und halbdunklen Räumen, die doppelt furchtbar waren in der Gluth der tropischen Gegenden, bald bei schwachem Winde fast erdrückt von der heißen dumpfen Luft der durch nichts gelüfteten Atmosphäre, bald unter Stürmen durchrüttelt, ruhelos hin und her geschleudert. Die Glieder schmerzten sie von den Stößen der Schiffswände und Eisengitter; sie waren erschöpft, krank, durch Nichts gelabt.

Von Allen litt Fortier am härtesten, Bérard am geduldigsten, in sein Schicksal am ergebensten. Ihn hielt seine innere moralische Kraft, der Gedanke an die Mission, der er sich hingegeben, und die Hoffnung auf ein Wiedersehen mit Jeanne aufrecht, — Jenen quälte die Böswilligkeit und in tausend gehässigen Einzelheiten sich äußernde Rachsucht seines Widersachers Robin doppelt. Bérards Verhalten war ein tadelloses, er fügte sich schweigsam den härtesten Anforderungen der strengen Disziplin. Zwar konnte auch er trotzdem den brutalen Rücksichtslosigkeiten und der schimpflichen rohen Behandlung seitens der Wächter nicht immer entgehen; das war unter diesen Leuten und unter diesen Umständen eben unmöglich. Allein sein fügsames, schweigendes Ertragen bewirkte doch, daß man, ihn gewissermaßen übersehend, sich weniger mit ihm beschäftigte und ihn zum großen Theil in Ruhe ließ, wie sein wohlwollendes, überall zum Guten strebendes Verhalten gegen die Sträflinge ihm die Gunst derselben wenigstens insoweit erworben hatte, daß man ihn schweigend unter sich duldete und ihn seine höhere geistige Stellung, seine besseren Sitten nicht allzu hart entgelten ließ.

Was Fortier betraf, so fand er rauhere Behandlung als irgend ein Anderer, und seine Lage wurde durch Disziplinarstrafen, die, so oft es nur anging, über ihn verhängt wurden, noch unerträglicher. Man schloß ihn, wenn die anderen Gefangenen sich zur nothwendigen Erholung auf kurze Zeit in freier Luft ergehen durften, um irgend eines, oft selbst nur erdichteten Verstoßes willen davon aus; man entzog ihm Tage lang die geringe Quantität schlechten Weines, den die Gefangenen als unumgängliches Stärkungsmittel reglementsmäßig erhielten, man entzog ihm Mahlzeiten, und selbst Arreststrafen, diese auf einem überfüllten Transportschiff härteste aller Pönitenzen, in einer engen finsteren Einzelzelle im unteren Ballastraum zu verbüßen, hatte er wiederholt zu erdulden. Nur Fortier's eiserne Konstitution konnte solcher Behandlung widerstehen, ohne in Krankheit zu verfallen; nur eine Löwenstärke wie die seine konnte ungebrochen darunter bleiben. Einzig dem heilenden Einfluß Bérards, der sich seiner ganz bemächtigt hatte, der Fortier von seinem Wein gab, wenn man ihn darben, sein Essen mit ihm theilte, wenn man ihn hungern ließ und damit durch sein hilfbereites Thun die dankbare Rührung des heldenhaften Naturmenschen erweckte, wie durch seine moralischen Ermahnungen ein heilsames Uebergewicht über ihn gewann, — nur diesem Einfluß war es zuzuschreiben, daß Fortier den wilden Zorn, der in ihm aufflammte, noch immer niederkämpft und demselben nicht den Ausbruch gegeben hatte, zu dem es für ihn stets vom Neuem tosend drängte. Allein nicht lange mehr sollte dieses Unheil verhütet werden.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

der Verein in seiner Generalversammlung, da bei dem bekannten Charakter des Herrn Pfarrers ein nochmaliger Versuch zu einer Verständigung aussichtslos war und er dem Geistlichen das Recht zu diesem Verbot, da der Kirchhof Eigenthum der Gemeinde ist, nicht zuerkannte, sich an das Großh. Bezirksamt zu wenden und wurde ihm sofort von dieser Behörde anstandslos die Genehmigung zum Verlesen der Personalien ertheilt und auf diese Thatsache gestützt, unterließ der Verein am 27. März d. J. mit vollem Recht, sich deßwegen nochmals an den Ortspfarrer zu wenden. Dies der einfache Sachverhalt. Jeder Vorurtheilsfreie fragt sich nun: gestützt auf welches Recht verbietet Pfarrer Wacker einen Akt der Pietät, der an tausend und abertausend anderen Orten und von allen möglichen Korporationen und Vereinen ausgeführt wird, ohne daß es jemals noch Jemand eingefallen wäre, darin einen Verstoß gegen die kirchlichen Vorschriften zu erblicken? Wie kann in Zähringen, vor den Thoren Freiburgs etwas verboten und unsittlich sein, was fast täglich in Freiburg selbst, unter den Augen des Erzbischofs und des Domkapitels geschieht? Ist in Zähringen eine Sünde, was in Freiburg eine That wahrhaft christlichen Sinnes und pietätvoller Kameradschaft ist? Daraus, daß die Kirche „dem Geistlichen verbietet, am Grabe zu sprechen, kann doch ein richtig denkender Mensch unmöglich dessen Befugniß herleiten, auch Andern das Sprechen zu verbieten, an einem Ort, wo er durchaus kein Recht, sondern wo nur allein die weltliche Behörde zu erlauben oder zu verbieten hat. Der Grund des Herrn Pfarrer Wacker zu seinem unberechtigten Vorgehen gegen den Militärverein liegt aber tiefer; er hat bei seiner bekannten Herrschsucht wohl zu seinem großen Schmerz schon erfahren müssen, daß es ihm nicht gelingen will, auch den Militärverein Zähringen unter seinen sonst wohl allmächtigen Willen zu beugen und daß dieser sich bisher seinem Einfluß erfolgreich zu entziehen gewußt hat, dafür sucht er sich durch solche, der rechtlichen Basis aber entbehrende Mittel auf so kleinliche Weise zu rächen; es steht jedoch dem Seelsorger sehr schlecht an, die Gemüther seiner ihm übergebenen Gemeinde, die er in christlichem Sinne leiten und erziehen sollte, gerade in dem Punkte der Pietät für die Verstorbenen aufzuregen und sie in ihren Gefühlen zu verletzen."

Allen Respekt vor dieser „sachgemäßen und wahrheitsgetreuen Darstellung"!

Es nimmt sich doch urkomisch aus, wenn von solcher Seite einem katholischen Pfarrer Belehrung darüber gegeben werden will, wie er „die ihm übergebene Gemeinde in christlichem Sinne leiten und erziehen sollte". In diesem speciellen Falle aber ist die salbungsvolle Vorlesung thatsächlich die purste Heuchelei und Verdrehung des Thatbestandes. Man weiß es in Zähringen sehr gut, daß gerade „im Punkte der Parität für die Verstorbenen" kein Pfarrer mehr bemüht sein kann, „die ihm übergebene Gemeinde in christlichem Sinne zu leiten und zu erziehen" als ich.

Gerade deßwegen wehre ich mich gegen den Versuch, die religiöse Beerdigungsfeierlichkeit zu verweltlichen und dieselbe in einzelnen Fällen zu einer Art Spektakelstück zur größeren Ehre eines Einzelnen zu machen.

Es ist durchaus unwahr, daß ich die Pfarrangehörigen aufgeregt und in ihren Gefühlen verletzt habe. Wenige Ausnahmen abgerechnet haben die Pfarrangehörigen mein Handeln gebilligt. Gerade Mitglieder des Militärvereins haben am wenigsten Hehl daraus gemacht.

Den Militärvereinsvorstand Ginter und einige andere habe ich allerdings „verletzt", aber in ganz Anderem als „im Punkte der Parität für die Verstorbenen". Das kommt bezüglich dieses Herrn hier gar nicht in Betracht, dafür habe ich überhaupt an ihm noch nie Verständniß und Interesse bemerken können. Es ist eine absolut grundlose Verdächtigung und bezüglich der Seite, welche Schuld daran ist, daß man an bestimmter Stelle in Freiburg Solches glaubt, eine ausgesprochene Lüge, wenn mir nachgesagt wird, daß ich bei meiner „bekannten Herrschsucht" zu meinem großen Schmerze schon habe erfahren müssen, daß es mir nicht gelingen will, auch den Militärverein Zähringen unter meinen sonst wohl allmächtigen Willen zu beugen." Auch nicht der leiseste Schatten von Anlaß zu solchem Vorwurf liegt vor. Das kann Niemand besser wissen als gerade der Vorstand des Militärvereins. Weder der Militärverein noch einer der beiden anderen Vereine hat auch nur das Geringste zu verzeichnen, was Anlaß zu dem Verdachte bieten könnte, daß ich irgendwie direkt oder indirekt den ganzen Verein oder einzelne Mitglieder beherrschen will. Seit neun Jahren bin ich Mitglied des Krankenunterstützungsvereines, habe aber noch gar nie irgend etwas Anderes merken lassen, als die ehrliche und absolut uneigennützige Absicht, mit dem guten Beispiel der Opferwilligkeit voranzugehen. Auch dem Gesangverein habe ich noch nie etwas Anderes bekundet als das uneigennützigste Wohlwollen. Wenn es den Anschein hat, als stände ich dem Militärvereine weniger freundlich gegenüber, so rührt es lediglich von den Machenschaften des Vorstandes Ginter her, dem es um ganz Anderes zu thun ist, als darum, uneigennützig die Interessen des Militärvereines und seiner Mitglieder zu fördern. Es hat seine besonderen Gründe, warum er sich selbst zum Kriege gegen seinen Pfarrer mißbrauchen läßt und seinerseits den Militärverein in den gleichen Krieg hineinzuhetzen sucht. (Schluß folgt.)

Deutschland.

Berlin, 5. Mai.

Die „Köln. Volksztg." bemerkt zur innerpolitischen Lage, die $10\frac{1}{2}$ Millionen preußischer Katholiken, hätten nicht einmal einen Ministerialdirektor oder Oberpräsidenten ihres Glaubens. „Solche Zustände haben kein Gegenstück in irgend einem Lande der Welt, selbst hinter Rußland stehen wir in dieser Beziehung weit zurück, das in seinen hohen Staatsämtern eine nicht geringe Anzahl katholischer und protestantischer Funktionäre hat. Sollte Graf Eulenburg behaupten wollen, daß dies ein Zustand sei, mit dem der leidende Theil „sich einigermaßen zufrieden geben könne?" Das wird er nicht wagen, und darum rufen wir ihm „hic Rhodus, hic salta" zu, wenn er den Grundgedanken seiner politischen Stellungnahme (nämlich die von dem Grafen geäußerte Ansicht, daß bei großen Gesetzen auch der unterliegende Theil einigermaßen befriedigt werden müsse) zu verwirklichen gedenkt. Thut er es nicht, so müssen wir glauben, auch er habe die Absicht, die Katholiken zurückzusetzen.

— In einer Polemik mit der „Post" hält die „National-Zeitung" den Gedanken, das Kartell wieder herzustellen, für überhaupt durchaus verkehrt und ausschlos.

— Nach der „Voss. Ztg." wird in militärischen Kreisen das jährliche Mehr-Erforderniß für militärische Zwecke auf 60 Millionen geschätzt. Die Annahme wird verbreitet, in der nächsten Reichstagssession würden neue Reichssteuer-Vorlagen gemacht werden.

— Das „Berl. Tageblatt" erhält aus Dar-es-Salaam eine Drahtmeldung von Eugen Wolf, laut welcher Oskar Borchert's Zustand derartig ist, daß seine Rückreise nach der Küste nothwendig sei. Chef Johannes sei mit einer Expedition nach dem Tanganjika, um dort eine Station anzulegen. Rüdiger, der Stellvertreter des Gouverneurs, sei auf Urlaub nach Europa.

Potsdam, 5. Mai. Der Großherzog von Hessen ist kurz nach 10 Uhr Vormittags hier eingetroffen und am Bahnhofe vom Kaiser, dem Prinzen Friedrich Leopold und dem Erbprinzen von Hohenzollern begrüßt worden. Beim Kaiserpaar fand ihm zu Ehren um $1\frac{1}{2}$ Uhr ein Essen statt, wozu außer dem Großherzog die Umgebung des Kaisers, Gefolge und Ehrendienst des Großherzogs, der hessische Gesandte v. Neidhardt und der Staatssekretär Freiherr v. Marschall geladen waren. Der Großherzog dürfte morgen Abend Potsdam wieder verlassen.

Würzburg, 3. Mai. Bei der Eröffnungsfahrt unserer neuen Pferdebahn fand der Kondukteur unter der Sitzbank eines dicht besetzten Wagens eine pulvergefüllte, mit glimmender Zündschnur versehene Metallröhre. Die Explosion, welche glücklicherweise noch verhindert werden konnte, hätte unter dem dichten Menschenknäuel ein fürchterliches Unheil anrichten müssen. In Betreff des Thäters fehlt einstweilen, wie wir hören, ein bestimmter Anhaltspunkt.

München, 5. Mai. Der Finanzausschuß verwarf mit sieben gegen zwei Stimmen die Verfassungsbeschwerde der Altkatholiken. Der Minister erklärte, bei der letzten Volkszählung hätten sich in Bayern nur 3625 Personen als altkatholisch bezeichnet.

Luxemburg, 5. Mai. Die in Abtheilungen versammelte Kammer sprach sich gestern mit großer Mehrheit für Herabsetzung des Wahlcensus bei den Kammerwahlen auf fünfzehn Francs aus. Die Verhandlung hierüber im Plenum steht bevor.

Die Polizei verhaftete heute früh die ihr angezeigten, von Metz kommenden belgischen Anarchisten Lambert und Legot.

Ausland.

Wien, 5. Mai. Nach der Juristenzeitung sollen die Herstellung und der Vertrieb aller Sprengmittel verstaatlicht werden.

Vor den Kasernen wurden massenhaft socialistische Flugblätter gefunden.

Paris, 5. Mai. Briefliche Nachrichten aus Afrika melden das Eintreffen der Dahomenser bei Porto Novo. Ein Lieutenant, der die Stellung des Feindes auszukundschaften suchte, wurde mit Gewehrfeuer empfangen, das von den Schnellfeuergeschützen des Leuchtthurms kräftig erwidert wurde. In Weidah sind vier Nonnen zurückgeblieben, die festgehalten wurden, während es einem Missionar und dem Agenten des Hauses Fabre gelang, zu entrinnen.

Lyon, 5. Mai. Im Kongreß der Volkskredit-Gesellschaften berichtete Raiffeisen über sein System und schilderte den Betrieb und die Vortheile der Volksbanken. Er erhielt lebhaften Beifall.

Lüttich, 5. Mai. Einer der Verhafteten, Matheysen, hat die in der Pulverfabrik von Baneux gestohlenen Forcitpatronen verborgen gehalten. Das Verhör der Verhafteten begann gestern Abend. Lacroix Angaben, welcher die gesammte Schuld auf sich nimmt, werden bezweifelt. Die Mehrzahl leugnet, bekennt jedoch ihre anarchistischen Grundsätze. Die Attentate wurden nach den bisherigen Feststellungen mittelst 21 Kilo in Baneux gestohlenen Forcites begangen. Weitere Verhaftungen sollten in der verflossenen Nacht erfolgen. — Die Polizei verhaftete Nachts zwei Anarchisten, Gebrüder Berre, Kohlengrubenarbeiter. Drei weitere Verhaftungen wurden heute vorgenommen. — Sechs Verhaftete, darunter ein Deutscher, Wolf, sind geständig. Es wurden weitere Bomben entdeckt. Hier und in Mons empfingen viele Leute Drohbriefe.

Petersburg, 5. Mai. Der „Hamb. Börsenhalle" wird von hier telegraphirt, daß das Ausfuhrverbot für Hafer aus den Häfen von Reval, Riga und Libau aufgehoben worden ist.

Nach Meldungen aus Jalta macht die Genesung des Finanzministers Wischnegradsky gute Fortschritte.

Rom, 5. Mai. Sturz des Kabinets! Die Kammer lehnte die Tagesordnung Grimaldi, wonach die Kammer die Erklärungen der Regierung billigt und zur Tagesordnung übergeht, mit 193 gegen 185 Stimmen ab. Der Ministerpräsident Marchese di Rudini erklärte, er werde die Befehle des Königs entgegennehmen. Die Sitzung wurde aufgehoben.

Kopenhagen, 5. Mai. Der Hafenarbeiterausstand ist als beendet anzusehen, indem gestern 180 Arbeiter zu den alten Bedingungen die Arbeit wieder aufnahmen. Zahlreiche Kutscher und Arbeitsleute treten aus den Fachvereinen aus und suchen Arbeit.

Bukarest, 6. Mai. Bei einem aus Giurgewo hier angekommenen Russen wurden belastende Briefschaften in bulgarischer Sprache vorgefunden. Der Inhaber wurde verhaftet.

Belgrad, 5. Mai. In Armeekreisen herrscht Unzufriedenheit, weil die Frühjahrsbeförderungen aus finanziellen Gründen unterblieben sind. — Der Sultan ertheilte dem neugewählten bulgarischen Bischof Maximus von Ueskūp den Berat.

New-York, 5. Mai. Die Konventionen der Staaten Illinois, Tennessee und Maryland beauftragten ihre Delegirten zur Nationalkonvention, für Harrison als Präsidentschaftskandidaten zu stimmen. Die demokratischen Konventionen derselben Staaten beauftragten ihre Delegirten, für Cleveland zu stimmen.

Baden.

Karlsruhe, 6. Mai. Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 5. Mai d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Großherzoglich Hessischen Oberkammerherrn Freiherrn Schenck von Schweinsberg das Kommandeurkreuz 1. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Karlsruhe, 5. Mai. Gestern Nachmittag besuchten Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin die Ausstellung der Schüler in der Kunstgewerbeschule unter Führung des Direktors Götz.

Heute Mittag 12 Uhr empfing Seine Königliche Hoheit der Großherzog in feierlicher Audienz in Gegenwart des Staatsministers Dr. Turban und eingeführt durch den Oberstkammerherrn Freiherrn von Gemmingen, den Großherzoglich Hessischen Oberkammerherrn Freiherrn Karl Schenck von Schweinsberg-Wäldershausen, welcher Höchstdemselben ein Schreiben Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein überreichte, das die Anzeige des Ablebens Höchstseines Herrn Vaters und den Antritt der Regierung Allerhöchstdesselben enthält. Der Gesandte wurde dann auch von Ihrer Königlichen Hoheit der Großherzogin empfangen und wird Abends an einer Hoftafel theilnehmen, welche zu Ehren desselben stattfindet.

Nach der feierlichen Audienz nahm Seine Königliche Hoheit die Meldung des Generalmajors Freiherrn von Böcklin, Kommandeur der 61. Infanteriebrigade, entgegen und empfing dann den Bürgermeister Hack der Stadt Mülhausen i. E.

Vormittags hatten die Großherzoglichen Herrschaften die Ausstellung alter Kunststickereien und Handarbeiten besucht.

Karlsruhe, 5. Mai. Durch Allerhöchste Kabinetsordres vom 21. v. Mts. ist Folgendes bestimmt:

Infanterie-Regiment Markgraf Ludwig Wilhelm (3. Badisches Nr. 111):

Dr. Weichel, Assistenzarzt 2. Klasse, zum Kadettenhause Karlsruhe versetzt.

Kommandantur Rastatt:

Dr. Clauffen, Oberstabsarzt 2. Klasse und Garnisonarzt, zum Oberstabsarzt 1. Klasse befördert.

Landwehr-Bezirk Karlsruhe:

Dr. Meeß, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse befördert.

Landwehr-Bezirk Offenburg:

Schmitz, Unterarzt der Reserve, zum Assistenzarzt 2. Klasse befördert.

Landwehr-Bezirk Freiburg:

Professor Dr. Kraske, Oberstabsarzt 2. Klasse der Reserve, zum Oberstabsarzt 1. Klasse befördert.

Landwehr-Bezirk Mülhausen i. E.:

Dr. Jaeger, Assistenzarzt 1. Klasse der Landwehr 2. Aufgebots, der Abschied bewilligt.

Durch Verfügung des Königlichen Kriegsministeriums ist Folgendes bestimmt:

Proviantamt Rastatt:

Patz, Proviantamtskontroleur, nach Lützen, unter Ernennung zum Proviantamtsrendanten, versetzt.

Pfennig, Proviantamtsassistent in Münster, mit Wahrnehmung der Kontroleurgeschäfte bei obigem Proviantamt beauftragt.

Proviantamt Mülhausen i. E.:

Klauer, Proviantamtsassistent in Koblenz mit Wahrnehmung der Kontroleurgeschäfte bei obigem Proviantamt beauftragt.

Garnisonlazareth Karlsruhe:

Molling, Lazarethinspektor, nach Wittenberg —,

Krüger, Lazarethinspektor in Frankfurt a. O., zum obigen Garnisonlazareth — versetzt.

* **Karlsruhe**, 5. Mai. Aus Zähringen, den 28. April 1892, ging uns folgendes Schreiben zu: An die Redaktion des „Badischen Beobachter" in Karlsruhe. Unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes ersuchen wir die Redaktion um Aufnahme die nachstehende Berichtigung: Erklärung. In Nummer 75 des „Badischen Beobachter" vom 2. April 1892 heißt es in dem Artikel „Zur Geschichte einer ungehaltenen Leichenrede in Zähringen. „In Zähringen sind Socialdemokraten und socialdemokratisch angehauchte Elemente die lautesten Mitglieder und gewissermaßen die Leibgarde des Vorstandes Ginter." Die unterzeichneten Gesammtmitglieder des Militärvereins Zähringen erklären diese in grellen Widerspruch zu den Vereinssatzungen stehende Darstellung für unrichtig, da sie weder Socialdemokraten sind, noch mit socialdemokratischen Bestrebungen etwas zu thun haben. Das Original mit den sämmtlichen Unterschriften liegt bei den Vereinsakten und steht zur Einsicht offen. Der Vorstand: Ginter, F. Andris, Fr. Mittemann, A. Joseph, Müller, Schriftf."

Dieser „Berichtigung" haben wir vor Allem beizufügen, daß im „Beobachter" kein Artikel erschienen ist mit dem Titel: „Zur Geschichte einer ungehaltenen Leichenrede in Zähringen." Dieser Titel geht nur den „Freiburger Boten" an.

Sodann ist es auffallend, daß die Erklärung nur von der Gegenwart spricht und nicht auch von der Vergangenheit. Die Hauptfrage ist aber nicht die, was die Herren jetzt sein wollen, sondern was einzelne waren.

Auch das ist auffallend, daß die Worte „**mit den sämmtlichen Unterschriften**" von anderer Hand, offenbar von der des Vorstandes Ginter eingefügt sind. Wenn sie so verstanden werden wollen, als ob alle Mitglieder unterschrieben hätten, scheinen sie laut anderen Mittheilungen eine Unwahrheit auszusprechen.

Im Uebrigen verweisen wir auf den II. Theil des heutigen Leitartikels.

Karlsruhe, 4. Mai. Der vom Präsident Wielandt der Ersten Kammer erstattete Bericht über das Volksschulgesetz befürwortet die unveränderte Annahme nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer. Nach den ursprünglichen Vorschlägen der Regierung war das Mehr gegen den bisherigen Zustand im Beharrungsverhältniß berechnet auf 944,164 Mk., nach den Beschlüssen der Zweiten Kammer kommen hierzu weitere 272,846 Mk. Es beträgt der Mehrauswand für 3700 Lehrer 1,217,010 Mk., während er für die 10,000 übrigen Beamten des Landes nur etwa auf eine Million sich beläuft.

⊙ **Freiburg**, 5. Mai. Unser hochwürdigster Herr Erzbischof hat sich gestern Vormittag in Begleitung des Herrn Hofkaplans Dr. Werthmann zu vierwöchiger Badekur nach Baden im Aargau begeben.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 5. Mai.

70. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. (Schluß.)

Abg. v. Buol kann den Ausführungen des Abg. Schlusser bezüglich der Privatbahnen nicht beistimmen, wenn er auch die Wichtigkeit dieser Frage nicht verkenne. Vor allem könne er nicht zugeben, daß man diese Frage bis jetzt vernachlässigt resp. den Bedürfnissen des Landes nicht gebührend Rechnung getragen habe. Mit der Ausarbeitung eines allgemeinen Planes, wie z. Zt. bei den Straßen, könne er sich nicht befreunden. Die Verschiedenheit des Landes in seiner Beschaffenheit lasse ihn in solcher Allgemeinheit gar nicht zu. Er halte vielmehr das von der Regierung bis jetzt befolgte System der Subvention für viel zweckmäßiger. Die vom Abg. Schlusser angeführten Gründe finde er nicht durchschlagend, wenn auch manche einen Kern von Wahrheit enthielten, verschiedene seiner vorgetragenen Beschwerden träfen die Staatsbahnen geradeso wie die Lokalbahnen. Er halte deshalb für jetzt einen solchen Plan nicht für nothwendig, sei aber auch der Ansicht, daß man den Wünschen bezüglich der Erbauung von Lokalbahnen in der weitgehendsten Weise entgegenkomme, glaube aber, daß dies auch bisher der Fall gewesen sei.

Abg. Wilckens wünscht einige Verbesserungen im Heidelberger Bahnhof.

Abg. Frank hält es für angezeigt, daß Mannheim zu seinen Hafenbauten einen entsprechenden Beitrag leiste; bezüglich der Lokalbahnen stehe er auf dem Standpunkt des Herrn Kollegen Schlusser. Mit dem jetzigen System der Subventionen sei thatsächlich nicht viel erreicht worden.

Abg. Bassermann verwahrt sich dagegen, daß Mannheim zu den Baukosten der Mannheimer Hafenanlagen herbeigezogen werden solle. Der Hafen komme nicht blos Mannheim, sondern in erster Reihe dem Land zu gut.

Abg. Hug: Die von dem Abg. Schlusser angeregte Frage, welche Stellung der Staat gegenüber dem Lokaleisenbahnwesen einzunehmen habe, sei von großer Bedeutung; — bis jetzt beschränke sich der Staat im Wesentlichen auf die Leistung eines Zuschusses; — ob die Thätigkeit des Staates weiter ausgedehnt werden soll, verdiene reiflich erwogen zu werden. Redner wolle jedoch nicht diese allgemeine Frage behandeln, sondern — da von verschiedener Seite Eisenbahnbauwünsche geäußert worden seien, glaube auch er, sein ceterum censeo bezüglich der Lokalbahnen aussprechen und auf das Ettenheimer Schmalspurprojekt hinweisen zu dürfen. — Dieses Projekt sei in ein neues Stadium getreten. Zwei Bahnbaugesellschaften haben Bauanerbieten gestellt, die eine fordere einen Zuschuß von 400,000 Mk., die andere einen solchen von 300,000 Mk. Gegenüber diesen Forderungen erscheine der im Gesetz in Betreff der Erbauung der Ettenheimer Lokalbahn vorgesehene Staatszuschuß von 120,000 Mk. zu knapp bemessen. Der Stadtgemeinderath Ettenheim habe daher in einer Eingabe an Großh. Finanzministerium die Bitte gestellt, den Staatszuschuß zu erhöhen; diese Eingabe möchte Redner auf's Wärmste befürworten und betonen, daß, wenn eine Erhöhung des Staatszuschusses nicht bewilligt würde, das Unternehmen nicht zur Ausführung gebracht werden könnte, da die betheiligten Gemeinden zu sehr belastet würden. In Rücksicht auf das dringende Bedürfniß, das ja vom Landtag im vollen Umfang anerkannt worden sei, gebe sich Redner der Hoffnung hin, daß noch auf diesem Landtag von Großh. Regierung eine Vorlage wegen Erhöhung des Staatszuschusses gemacht werde.

Abg. Rüdt kann, da er nicht bei Stimme ist — jedenfalls in Folge der Maifeier — seine beabsichtigte „große Rede" nicht halten; er stellt sich bezüglich der Mannheimer Hafenbauten auf den Standpunkt des Abgeordneten Bassermann, und hält es für eine Pflicht des Staates, für diese für das ganze Land nothwendigen Anlagen allein aufzukommen. Der gleichen Ansicht sei sein Kollege Dreesbach. Bezüglich des Heidelberger Bahnhofs schließe er sich den Wünschen des Abgeordneten Wilckens an.

Abg. Friderich verwahrt sich dagegen, daß Baden nicht mit den nöthigen Mitteln und zur rechten Zeit für das Eisenbahnwesen eingetreten sei. Wenn es mit den Lokalbahnen auch nicht vorangegangen sei, so dürfe man nicht vergessen, daß es hinsichtlich der Ausdehnung seines Bahnnetzes im Verhältniß zur Bevölkerung in dritter Reihe stehe, hinsichtlich der Ausrüstung rc. in erster. Die neuesten Erträgnisse unserer Staatsbahnen stehen weit hinter denen vom Jahre 1890 zurück, sie würden aber noch ganz bedeutend sinken, wenn die Lokalbahnen noch dazu kämen. Das Anwachsen der Ausgaben übersteige jetzt schon das Steigen der Einnahmen, Vorsicht sei deshalb sehr geboten. Mit dem Plan des Abg. Schlusser könne er sich daher absolut nicht befreunden. Entgegen den Behauptungen dieses Herrn glaube er, die Privatgesellschaften bauen und betreiben ihre Bahnen billiger als der Staat. Die Regierung werde deshalb festhalten an dem bisherigen System, wo ein dringendes Bedürfniß vorliege, solle der Staat nur unterstützend eingreifen, andernfalls kämen aus allen Gegenden des Landes Forderungen in solchem Maße, daß ihnen unmöglich entsprochen werden könne. Ob der vom Abg. Frank ausgesprochene Gedanke, die Kreise sollten beim Bau von Lokalbahnen eingreifen, bei den Kreisverwaltungen Anklang finde, möchte er sehr bezweifeln. Bezüglich der Hafenbauten in Mannheim glaubt er, daß der Staat die Aufgabe habe, Mannheim auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten, denn in dem Maße, als die Hafenanlagen in Mannheim ausgenützt würden, ziehe sich der linksrheinische Verkehr auf die badischen Bahnen. Bezüglich der Eisenbahnbauten überhaupt mahne er, die immer sinkende Rentabilität unserer Bahnen stets vor Augen zu halten.

Abg. Schlusser polemisirt gegen die Ausführungen der Abgg. Friderich und v. Buol und hält seine Vorschläge bezüglich des Lokalbahnwesens aufrecht.

Abg. Wacker schließt sich als Berichterstatter in seinem Namen und im Namen der Budgetkommission den Wünschen des Abg. Venedey bezügl. einiger Konstanzer Beschwerden an, und spricht den Wunsch aus, gerade bei Konstanz etwas weitherziger zu Wege zu gehen, es handle sich nicht bloß um lokale, sondern auch um eine allgemeine Angelegenheit. Die Ausführungen des Abg. Wittmer gehörten mehr in die Specialdiskussion. Er glaube dessen Ausführungen seien von den Abgg. Bassermann, Rüdt und Friderich falsch verstanden worden. Wittmer wollte nur, daß Mannheim auch etwas beigezogen werde, gezeigt solle bei Mannheim ja nicht werden. Wenn die Verhältnisse Mannheims mit Recht nicht mit denen kleinerer Gemeinden verglichen werden können, so könne aber auch mit dessen Leistungsfähigkeit kein Vergleich angestellt werden, keine Stadt des Landes, vielleicht nicht einmal die Residenz, könne sich messen. Wenn also von kleinen wenig leistungsfähigen Gemeinden Beiträge verlangt werden, so müsse dies um so eher bei einer so leistungsfähigen Gemeinde der Fall sein. Daß Mannheim auch lokale Vortheile aus dem Unternehmen ziehe, sei zweifellos, dabei sei allerdings nicht zu übersehen, daß alle großen Städte bei solchen Unternehmungen in gewissem Sinne Vorausbeiträge zahlen. Bezüglich unseres Lokalbahnwesens stehe fest, daß hierin eine Aenderung herbeigeführt werden müsse, wenn auch der Staat nicht im Sinne des Abg. Schlusser die Sache in die Hand nehmen solle, so müsse er sie doch in ein bestimmtes Geleise bringen. Für die Gesundung unserer politischen Verhältnisse im Lande könnte es nur förderlich sein, wenn die Behandlung der Eisenbahnfragen bestimmt geregelt werde, der Herr Finanzminister habe dann auch keinen Grund mehr, sich über Eisenbahnversprechen zu beschweren. Man solle deshalb staatlich feststellen, wo im Lande noch Bahnen zu erstellen seien. Er glaube aussprechen zu dürfen, die Regierung werde stets auf die Unterstützung der Kammer rechnen können, wenn sie das Lokalbahnwesen in der weitgehendsten Weise unterstütze. Wenn der Abg. Wittmer eine Zusammenstellung der Ober- und Unterländer Bahnen machen wolle, so müsse er in erster Reihe die Hauptbahn vor allen Dingen ausnehmen und auch andere Dinge, wie Terrainverhältnisse rc. berücksichtigen.

Nach einer kurzen persönlichen Bemerkung des Abg. Wittmer tritt das Haus in die Einzelberathung.

In der Einzelberathung wird § 1 und 2, für Herstellungen an der Station Mannheim im Ganzen 3,917,000 Mk., von denen 279,000 Mk. am Personen- und Rangirbahnhof und die übrigen 2,738,000 Mk. am Centralgüterbahnhof (für Erbauung eines Flußhafens, bezw. Hafenkanals) zur Verwendung kommen, ohne Debatte angenommen.

In § 3 werden angefordert 104,000 Mk. für Erweiterung der Geleisanlagen am Westende des Bahnhofes Heidelberg, ferner 96,100 Mk. für den Umbau des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

badischen Bahnhofes Mühlacker, 850,000 Mk. als erste Rate für die Vergrößerung der Eisenbahnhauptwerkstätte in Karlsruhe, 78,000 Mk. zur Herstellung einer weiteren Lokomotivremise im Güterbahnhof Karlsruhe und 206,000 Mk. für den Umbau des Bahnhof's zu Bühl.

Alle diese Summen werden ohne Verhandlung den Anträgen der Kommission gemäß genehmigt.

Namens der Kommission für Eisenbahnen und Straßen erstattet in Verbindung mit § 7, der Forderung von 560,000 Mk. als erste Rate für den Umbau des Bahnhof's zu Appenweier

Abg. Kögler Bericht, die Bitte der Gemeinderäthe von Offenburg, Kehl u. a., den Bau einer direkten Eisenbahnbahn von Offenburg nach Kehl (Straßburg), bezw. des Gemeinderaths Appenweier u. v. a., die Erweiterung der Bahnanlagen auf der Station Appenweier betreffend. Dem ersteren Bittgesuch haben sich außer den direkt betheiligten Gemeinden Offenburg, Kehl, Willstätt u. a. auch 18 Gemeinden der Strecke Offenburg-Freiburg angeschlossen. Die Begründung macht die Verkürzung der Entfernung um 5 Km. und dadurch Verbilligung im Personen- und Güterverkehr, die Vortheile für den Transit- als Personenverkehr nach Osten und Süden, die Schädigung des Gedeihens der Stadt Offenburg u. s. w. geltend. — Gründe, welche die Kommission nicht alle ganz habe anerkennen können. Die Kommission stelle daher den Antrag, die Bittschrift der Großh. Regierung zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Abg. Hauß erkennt zwar an, daß im Appenweierer Bahnhof Verbesserungen nothwendig sind, er möchte diesem auch Rechnung tragen, jedoch nur in dem Sinne, daß jetzt nur 560,000 M. dafür verwendet werden, der übrige Theil der Summe bis zum nächsten Landtag zurückgestellt werde, um dann sehen zu können, ob eine weitere Verwendung nothwendig werde. Verschiedene Gemeinden seines Bezirks, insbesondere Willstätt und Kehl, hätten an einer direkten Bahn Offenburg-Kehl ein großes Interesse, während Appenweier aus dieser Verwendung gar keine Vortheile ziehe. Er beantrage deßhalb, die bezügliche Petition der Regierung empfehlend zu überweisen.

Abg. Weber und Gen. stellen einen Antrag auf empfehlende Ueberweisung.

Abg. Weber sieht ebenfalls ein, daß im Bahnhof Appenweier verschiedene Mißstände abzuschaffen sind, und ist deßhalb mit Errichtung von Geleiseunterführungen und einigen Geleiseerweiterungen vollständig einverstanden. Damit werde jedoch allen Bedürfnissen auf dieser Station Genüge geleistet. Die Rentabilität einer Linie Offenburg-Kehl werde auch von der Regierung nicht bestritten, sie erscheine aber um so mehr gesichert, wenn man das Hinterland betrachte, das an der Errichtung dieser Bahn ein großes Interesse habe. Jetzt sei die Bahn Appenweier-Kehl so überlastet, daß es im Interesse der Betriebssicherheit bedenklich erscheine. Wollte die Regierung ihren Plan, die Durchführung direkter Schwarzwaldzüge bis Straßburg ausführen, so sei sie gezwungen, bei Appenweier eine Kurve zu bauen, da erscheine es ihm aber doch zweckmäßiger gleich eine größere Kurve zu bauen, in der Ausführung des Projektes Offenburg-Kehl. Wenn auch die Abkürzung nur wenige Kilometer betrage und die Taxermäßigung nur gering sei; so seien diese Gesichtspunkte im Interesse der kleinen Geschäftswelt eben doch zu berücksichtigen. Bei dem großen Entgegenkommen, das der Landtag und die Regierung allen Eisenbahnprojekten bis jetzt entgegengebracht habe, rechne er darauf, daß Regierung und Haus auch in dieser Frage ein gleiches Verhalten zeigen und seinem Antrag auf empfehlende Ueberweisung des Offenburg-Kehler Projektes zustimmen werde.

Abg. Muser macht darauf aufmerksam, daß die zu bewilligende Summe für Appenweier nicht etwa als erste Rate zu betrachten sei, sondern als eine feste Summe zur Beseitigung der im Appenweierer Bahnhof bestehenden Mißstände. Darüber müsse sich das Haus gewiß sein. Beim Projekt Offenburg-Kehl handle es sich nicht etwa um eine Lokalfrage, es habe eine viel weiter gehende Bedeutung, wie aus dem Anschluß weit entfernt liegender Gemeinden und Städte an die Petition zu ersehen sei. Nicht erst jetzt und nicht auf dem Wege künstlicher Erregung beschäftige sich die Stadt Offenburg und die betheiligte Umgegend mit dieser wichtigen Frage, über die großen Vortheile derselben brauche er eine Vorlesung nicht zu halten, jeder Schritt im Eisenbahnwesen erhalte seine Belohnung, ferner mache er auch darauf aufmerksam, daß beim Eisenbahnbau nicht finanzielle sondern die wirthschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen seien. Die Erweiterung des Appenweierer Bahnhofes sei ihnen nicht ein Grund zur Betreibung dieses Projektes gewesen, sondern nur eine äußere Veranlassung. Der Staat solle ja nicht zu beiden Projekten die Mittel bewilligen, sondern die übrig bleibende Summe bei Appenweier werde flüssig werden für die projektirte Linie Offenburg-Kehl. Die Bahnhofanlagen in Kehl könnten, nach Ansichten gewiegter Techniker, wohl ausgeführt werden, wenn man ernstlich wollte, aber die Regierung müsse allerdings wollen und dies käme noch nicht so hoch, wie die Erweiterung von Appenweier. Mit demselben Recht wie hier, könne man auch in Offenburg eine Unterführung verlangen, außerdem werde zweifellos in nicht allzu ferner Zeit in Offenburg eine neue Güterhalle gebaut werden müssen und dann sei es doch besser jetzt gleich diese Ausgaben in Offenburg nur einmal zu machen, als andernfalls zwei Mal, nämlich da und in Appenweier. Außerdem sei auch die Zollhalle in Offenburg, die mit der Güterabfertigung in engem Zusammenhang stehe. Nach den statistischen Erhebungen sei der Güterverkehr von und nach Kehl in süd- und östlicher Richtung viel größer, als der in nördlicher Richtung, was doch eine deutliche Sprache zu Gunsten des Offenburger Projektes spreche. Auch die strategische Seite der Sache sei nicht zu unterschätzen, denn selbst wenn das Appenweierer Projekt voll und ganz zur Ausführung käme, wäre ein bedenkliches Zusammenströmen von Truppen und Kriegsmaterial nicht zu umgehen. Die Gemeinde Appenweier habe selbst gar kein Interesse an ihrem Projekt, höchstens der Wirth am Bahnhof; von einer Herstellung einer Bahn über Appenweier nach Freudenstadt könne keine Rede sein, dagegen sei Offenburg an seinem Projekt sehr interessirt; er bitte daher seinem Antrag auf empfehlende Ueberweisung zuzustimmen.

Oberfinanzrath Fittel: Der Grundsatz, bei Eisenbahnbauten weniger die finanziellen als die wirthschaftlichen Gesichtspunkte in erster Reihe in's Auge zu fassen, sei zwar schön, aber es müßten die wirthschaftlichen Folgen zu den finanziellen Opfern in einem bestimmten und richtigen Verhältniß stehen, sonst handle man nicht wirthschaftlich und das sei bei dem Offenburger Projekt am meisten von allen bisherigen Projekten der Fall. Beim Eisenbahnbau solle man zunächst Rücksicht darauf nehmen, daß dem Verkehr neue Gegenden erschlossen und nicht bereits bestehenden Bahnen Konkurrenz gemacht werde, wie es bei diesem Projekt thatsächlich der Fall sei. Wenn auf der neuen Linie eine Rente erzielt werde, so geschehe dies auf Kosten der bereits bestehenden Linie, der Verkehr werde kein neuer sein, sondern der alten Bahn entzogen. Die Ausgaben für den Bau dieser neuen Bahn würden aber ganz bedeutende sein, und dazu kämen noch die auch nicht unwesentlichen Betriebskosten. Mit der Verzinsung des Anlagekapitals würden sämmtliche Auslagen jährlich wohl 130,000 M. betragen und das stehe ganz gewiß nicht im Verhältniß zum Nutzen dieser Bahn. Die Regierung sei deßhalb der Ansicht, daß diese Bahn wenigstens jetzt nicht ausgeführt werde. Ein gewisser Zusammenhang mit dem Appenweierer Projekt liege allerdings vor, hier handle es sich im Wesentlichen nur um eine Erweiterung der Rangirgeleise, Offenburg könne dadurch nicht geschädigt werden, es wird an Appenweier nichts abzugeben haben, ebenso erfolgen die Erweiterungen auch nicht im Interesse dieser Gemeinde. Was den Hinweis auf die militärischen Verhältnisse anlange, so könne man ruhig abwarten, bis die Militärverwaltung selbst eine Abänderung wünsche; er bitte deßhalb dem Antrag Muser ꝛc. nicht zuzustimmen.

Schluß der Sitzung 1¼ Uhr.

Karlsruhe, 6. Mai.

71. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer.

Präsident Lamey eröffnet die Sitzung 9¼ Uhr.

Am Ministertisch: Eisenlohr, Generaldirektor Eisenlohr, Oberfinanzrath Fittel.

Haus und Tribüne gut besetzt.

Neue Mittheilungen sind nicht zu machen, weßhalb das Haus sofort in die Fortsetzung der gestrigen Berathungen eintritt.

Abg. Schättgen: Nach seiner Ansicht sind die Bahnhofverhältnisse in Appenweier absolut nicht mehr ausreichend für den stets wachsenden Verkehr auf dieser Station. Für etwa vorkommende Unglücksfälle könne daher das Personal, das bisher stets mit größter Vorsicht seines Amtes waltete, nicht verantwortlich gemacht werden. Schon die Rentabilität der dort einmündenden Bahnen zeuge von dem regen Verkehr. Bei den jetzigen Anlagen könne der Rangirdienst nur mühsam und unter großen Schwierigkeiten, worunter sogar die Reisenden zu leiden haben, ausgeführt werden. Auch im Hinblick auf den Militärverkehr im Falle eines Krieges, müsse eine Erweiterung dieses wichtigen Bahnhofes herbeigeführt werden. Er bitte deßhalb das hohe Haus, für die Regierungsvorlage zu stimmen, und damit dafür zu sorgen, daß der Bahnhof entsprechend erweitert werden könne. Gleichzeitig wolle er darauf aufmerksam machen, daß man, wenn die Erweiterung ausgeführt werde, dieselbe so ausführe, daß der Bahnhof auch auf Jahre hinaus den Bedürfnissen entspreche.

Abg. Fieser glaubt, daß nach den Erklärungen des Regierungsvertreters, an der für Appenweier angeforderten Summe nichts mehr geändert werden könne, denn diese Summe erscheine ihm zur Beseitigung aller Mißstände im Appenweierer Bahnhof und zu einer genügenden Erweiterung nothwendig. Das Offenburger Projekt sei ebenfalls ein altes und auch in diesem Hause oft wiederholtes. Der Verkehr auf der Appenweier-Kehler-Linie sei thatsächlich ein so gewaltiger, daß an eine Entlastung dieser Bahn gedacht werden müsse. Wenn man eine Million habe zur Erweiterung des Appenweierer Bahnhofes, eine weitere Million zur Erbauung einer Bahn von Ludwigshafen nach Straßburg, müsse man auch noch eine Million für die Offenburger Bahn haben. Er stimme sowohl für den Antrag der Budgetkommission bezüglich des Appenweierer Bahnhofes wie auch für den Antrag Muser, denn er glaube, beide Fragen hätten nichts miteinander zu thun, d. h. das Offenburger Projekt könne trotz der Bahnerweiterung in Appenweier ausgeführt werden.

Abg. Gönner wird für den Antrag der Budgetkommission 560,000 M. als erste Rate für die Erweiterung des Appenweierer Bahnhofes zu gewähren, stimmen, da die zweite Rate auf dem nächsten Landtag, wenn sie nicht mehr nöthig erscheinen sollte, immer noch abgelehnt werden könne. Den Bahnhof Appenweier halte er für eine eisenbahntechnische Abnormität, wie sie in früheren Zeiten allerdings nicht selten geschaffen worden sei. Diese Abnormität möchte er allerdings nicht noch vergrößern, sei selbstverständlich aber gerne bereit, was zur Betriebssicherheit nöthig erscheine, zu gewähren. Eine Entlastung dieses unnatürlichen Zustandes erscheine ihm um so gebotener, als die Gemeinde Appenweier eigentlich gar keine Vortheile aus dem Bahnhof resp. dessen Vergrößerung ziehe. Zweifellos sei, daß die Erstellung der Kehl-Offenburger Linie den Personenverkehr von und nach Straßburg bedeutend steigere, die Ausführung des Projektes halte er nur für eine Frage der Zeit. Er glaube, die Macht unserer Verhältnisse dränge die Regierung dazu, dem Gedanken einer systematischen Vermehrung der Schienenwege insbesondere auch der Lokalbahnen, nahe zu treten. Er trete für den Antrag Muser ein, werde aber auch die ganze Forderung für Appenweier genehmigen.

Abg. Rüdt bemerkt, daß die beiden Socialisten für den Antrag Muser stimmen werden, da sie die Erbauung der Offenburg-Kehler Linie im wirthschaftlichen Interesse für nothwendig halten. Durch Erbauung dieser Bahn werde zweifellos eine Verkehrsvermehrung eintreten. Die Summe von 560,000 Mark für Appenweier möchte er nicht als erste Rate, sondern als abgeschlossene Position bewilligen. Offenburg verdiene diese Bahn. Das Finanzministerium habe doch seinen Namen damit es Finanzen gewähre, nicht damit es keine Finanzen gewähre.

Generaldirektor Eisenlohr glaubt, materiell könnte es ziemlich bedeutungslos sein, ob die 560,000 M. als erste Rate oder als abgeschlossene Position betrachtet werde, obgleich es der bisherigen Uebung widerspreche. Die Theilung der ganzen Summe sei deßhalb vorgenommen worden, weil auf einem verkehrsreichen Bahnhof nur langsam und stückweise gebaut werden kann, aber die Regierung müsse doch jetzt schon wissen, wie weit sie in ihren baulichen Anlagen überhaupt gehen könne, wie sie die Baupläne aufzustellen habe. Er bitte deßhalb die Summe von 560,000 M. als erste Rate zu bewilligen, im Uebrigen werde die Regierung zu Folge der heutigen Debatte alle Verhältnisse genau prüfen.

Abg. Frank wird, nachdem 7 Redner für empfehlende Ueberweisung der Offenburger Petition gesprochen, dagegen sprechen und dagegen stimmen. Der Appenweierer Bahnhof, so unzweckmäßig auch dessen Lage sei, bestehe nun einmal und er müsse deßhalb in betriebssicherem Zustande erhalten werden. Das Aufblühen Offenburgs könne von der Linie Kehl, die nur vier Kilometer kürzer sei als die andere, nicht abhängen. Offenburg sei bei unserem Eisenbahnwesen ganz gewiß nicht vernachlässigt worden, von Schädigung volkswirthschaftlicher Interessen könne nicht die Rede sein, wenn die einzelnen Orte nur 2—3 Kilometer zur nächsten Bahnstation haben. Die möglicherweise eintretende Verstimmung in Offenburg dürfte den Landtag veranlassen, ein unnöthiges Projekt auszuführen; ein späterer Landtag habe dann viel mehr Grund zu einer Verstimmung, wenn er an die großen Auslagen denke (Sehr richtig!), die diese Bahn verursachte. Die Lage unserer Eisenbahn-Einnahmen mahne uns ganz gewiß zur Vorsicht im Bahnbau, insbesondere zur Vermeidung von Luxusbauten. (Sehr richtig!) Die Ausführung des Offenburger Projektes versetze das Haus in eine Lage, in welcher es überhaupt keine Eisenbahn-Projekte mehr zurückweisen könne. Er stimme daher für den Kommissionsantrag und überlasse alles Andere einer eingehenden Prüfung der Regierung.

Abg. Muser polemisirt zunächst gegen die Ausführungen des Abg. Frank, dabei seine gestrigen Begründungen größtentheils wiederholend, ändert jedoch seine gestrigen Ansichten dahin, daß er sich eigentlich auch bereit erklären könne, die ganze Anforderung für die Bahnhoferweiterung zu genehmigen, da beide Projekte eigentlich nichts mit einander zu thun haben. Die Kosten für die Durchführung des Offenburger Projektes seien nicht ausschließlich vom Staat zu tragen, die Gemeinden seien gerne bereit, das nöthige Gelände zu stellen. Bezüglich des Bahnhofes Appenweier seien die Anforderungen für die Betriebssicherheit und jene für andere Bauten genau auseinander zu halten, die Regierungsbegründung mache jedoch diesen Unterschied nicht, ihre Begründung sei überhaupt nicht hinreichend und die Pläne seien technisch nicht genügend durchgearbeitet. Deßhalb bleibe er bei seinem Antrag, die Worte „erste Rate" zu streichen und den weiteren Antrag auf empfehlende Ueberweisung der Offenburger Petition.

Generaldirektor Eisenlohr weist nach, daß die Anforderungen für Betriebssicherheit und Güterverkehr nicht zu trennen seien, da die Ausführungen technisch zusammen hängen. Die Regierung müsse doch wissen, wie sie ihren Bauplan aufstellen könne. Die Erweiterungen des Kehler Bahnhofes seien zwar ausführbar, aber nur unter ungeheuren Kosten, in Appenweier könne dies verhältnißmäßig mit den geringsten Kosten geschehen.

Abg. Klein-Wertheim: Durch die Appenweierer Bahnhoferweiterung solle Offenburg nicht geschädigt werden, ein Bedürfniß zur Ausführung des Offenburger Projektes liege jetzt wenigstens nicht vor, er stimme für den Kommissionsantrag.

Abg. Pfefferle mißt der Linie Offenburg-Kehl im Hinblick auf Straßburg eine große Bedeutung bei; sie biete für einen Kriegsfall dem am meisten exponirten Oberland eine gewisse Sicherheit. Das halte ihn jedoch nicht ab, der Forderung für Appenweier ebenfalls zuzustimmen.

Abg. Hauß glaubt, daß nach Erweiterung des Appenweierer Bahnhofes Kehl sein ganzes bisheriges Personal verliere, mit der für Appenweier in Aussicht genommenen Summe könne wohl auch der Kehler Bahnhof erweitert werden.

Generaldirektor Eisenlohr: weist nochmals auf die ungeheuren Kosten dieser Erweiterung hin.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters Abg. Kögler für diese Petition, ergreift das Wort

Abg. Wacker: Sofern es sich bezüglich des Bahnhofes Appenweier um eine betriebstechnische Frage handle, müßten uns in den verschiedenen Ansichten, die hier geäußert wurden, die Vertreter der Bahnverwaltung als maßgebende Autoritäten gelten. Wenn es auch noch andere gewiegte fachmännische Elemente gäbe so müßten diese doch nicht unter dem Eindruck der Verantwortung wie diese. Das Appenweierer Projekt schließe das Offenburger nicht aus. Es sei deßhalb von den Vertretern der Offenburger Sache deßhalb klug gewesen, wenn sie an der dahingehenden Erklärung der Regierung den Hebel angesetzt hätten. Nur ein's vermisse er, nämlich die bestimmte Erklärung, daß im Umladedienst in Offenburg keine Aenderung vorgenommen werde, die Erklärung sei zwar in der Kommission abgegeben und im Bericht niedergelegt, er halte es aber für angezeigt nochmals darauf hinzuweisen. Den Einwohnern Appenweiers sei gestern der Vorwurf gemacht worden, die Erregung sei künstlich in sie hineingetragen worden durch Wirthe und einige Grundeigenthümer, die ihr Gelände theuer verkaufen wollen. Das sei falsch; erst durch die Offenburger Agitation sei Appenweier zu seinem Eingreifen veranlaßt worden; wenn einige Interessenten sich besonders daran betheiligten, so sei dies sicher auch in Offenburg und auch sonstwo schon der Fall gewesen. Wenn man die Interessen Willstätts und Offenburgs so sehr betonte, so könne man über Appenweier nicht so leicht hinweggehen, sein bisheriger ganzer Aufschwung, resp. sein Zurückbleiben in seiner Entwickelung sei ja gerade darauf zurückzuführen, daß es schon bei Anlage des Bahnhofes zu wenig berücksichtigt worden sei. Der erste Antrag Muser auf Streichung der Worte „erste Rate" erscheine ihm nach der wiederholten Erklärung von Seiten der Regierung, die doch in der Lage sein müsse, einen bestimmten Plan aufstellen zu können, unannehmbar. Die Befürchtung des Abg. Frank, den Antrag auf empfehlende Ueberweisung des Offenburger Projektes könne die Regierung zwingen, dem nächsten Landtag eine diesbezügliche Vorlage zu machen, sei unbegründet, denn bis jetzt hätten derartige Anträge eine solche Wirkung nicht ausgeübt, sonst hätte man diesen Antrag wahrscheinlich nicht gestellt. Den Antrag auf empfehlende Ueberweisung des Offenburger Projekts unterstütze die Kommission unter der Einschränkung, daß dringendere Eisenbahnprojekte, wie die Bodenseebahn ꝛc. vorher ausgeführt werden sollen. Den Offenburger Petenten solle damit nur gesagt werden, daß man ein Bedürfniß, eine Berechtigung ihrer Wünsche anerkenne und ihrem Projekte mehr als eine lokale Bedeutung beilege.

Damit ist die Diskussion geschlossen.

Das Haus schreitet zur Abstimmung.

Der Kommissionsantrag, 560,000 M. als erste Rate für die Appenweierer Bahnerweiterung zu bewilligen, wird genehmigt. Damit fällt der erste Antrag Muser auf Streichung der Worte „erste Rate"; ebenso wird der zweite Antrag auf empfehlende Ueberweisung des Offenburger Projektes abgelehnt und zwar mit 28 gegen 25 Stimmen. Muser und Rüdt zweifeln an der Richtigkeit der Abstimmung und beantragen namentliche Abstimmung, dringen jedoch nicht durch. Darauf wird der Kommissionsantrag auf Ueberweisung zur Kenntnißnahme genehmigt. (Die Sitzung dauert fort). Nächste Sitzung morgen 9 Uhr: Bahn Ludwigshafen-Straßburg.

Kleine badische Chronik.

Karlsruhe, 5. Mai. Nachdem jetzt der Bundesrath dem neuen Krankenversicherungsgesetze in der Fassung des Reichstags seine Zustimmung gegeben hat, wird die Veröffentlichung des Gesetzes nicht lange auf sich warten lassen. Während nun die neuen materiellen Bestimmungen desselben erst am 1. Januar 1886 in Kraft treten, werden die Vorschriften, in welchen es sich um die zu seiner Durchführung erforderlichen Maßnahmen handelt, mit der Veröffentlichung Gesetzeskraft erlangen. Es wird sich dabei in erster Reihe darum handeln, die Anträge derjenigen Personen, welche auf Grund des § 5a von der Versicherungspflicht befreit zu werden wünschen, zu prüfen. Hier entscheidet, falls zwischen den Antragstellern und der Gemeindekrankenversicherung oder dem Verbande der Ortskrankenkasse Meinungsverschiedenheit entsteht, die Aufsichtsbehörde. Endgültig dasselbe wird der Fall sein, mit den Anträgen von Arbeitgebern auf Befreiung ihrer Lehrlinge gemäß § 5b. Sodann werden die Gemeindebehörden sowohl wie die Vorstände der Krankenkassen daran gehen, die Kassenstatuten einer Revision zu unterziehen. Die höheren Verwaltungsbehörden werden die neuen Statuten zu prüfen und genehmigen haben. So wird das neue Krankenversicherungsgesetz, noch ehe es mit seinen materiellen Vorschriften in Kraft tritt, bei den verschiedensten Organen und Behörden Arbeiten in Hülle und Fülle verursachen und man wird die noch vorhandenen drei Vierteljahre fleißig ausnützen müssen, um am 1. Januar 1886 zu völliger Einführung des Gesetzes bereit zu sein. Was aber die außerhalb der Krankenkassen stehenden jungen Kaufleute anbetrifft, so sind diese Vorbereitungsarbeiten eine ernste Mahnung für dieselben, zeitig d. h. möglichst jetzt schon in die Kassen der event. angehörigen kaufmännischen Vereine einzutreten, damit sie nicht kurz vor dem 1. Januar 1886 erst von ihrem Prinzipal oder der Polizei dazu gezwungen werden müssen. Verpflichtet zum Eintritt sind bekanntlich alle jungen Kaufleute, die unter 6 Wochen Kündigung haben.

□ **Konstanz,** 5. Mai. Nach kaum Jahresfrist sah sich das hiesige Schwurgericht schon wieder in der Lage, ein Todesurtheil aussprechen zu müssen. Gestern und heute stand der 35jährige Landwirth Friedrich Obser von Heppach, Amt Ueberlingen, vor den Schranken, angeklagt wegen Erwerbung seiner Ehefrau Crescentia, mit welcher er seit 1882 verheirathet war. Die Ehe war im Anfang glücklich; später ergab sich Obser dem Spiel und dem Trunk und vergriff sich wiederholt an seiner Frau, die ihm Vorwürfe machte, weil Alles rückwärts ging. In der Nacht vom 10. März d. J. überfiel Obser nach kurzem Wortwechsel seine Frau, warf sie zu Boden, drückte ihr mit dem Fuß den Kopf an die Steinplatten der Küche und erdrosselte sie schließlich mit einer Peitschenschnur, welche er ihr um den Hals legte. Die Rohheit des Unmenschen ging soweit, daß er die Leiche nach vollbrachter That fortschleifte und in die Jauchgrube des angrenzenden Gehöftes warf, wo sie am folgenden Tage aufgefunden wurde. Der Gerichtshof verurtheilte, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage wegen Mords bejaht hatten, den Angeklagten zum Tode.

Vermischte Nachrichten.

** Berlin, 4. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erfährt, bei den aus Paris gemeldeten angeblichen Cholerafällen habe es sich nur um choleraartige und also nicht ansteckende Erkrankungen älterer Leute gehandelt, welche durch Genuß schlechten Wassers herbeigeführt wurden. Die Gerüchte über das Auftreten der asiatischen Cholera seien in Folge dessen unbegründet.

** Petersburg, 4. Mai. Das Bezirksgericht zu Wilna verurtheilte sechs jüdische Frauen und einen Juden, welche der „Engelmacherei" unter erschwerenden Nebenumständen beschuldigt waren, zu Zwangsarbeit in der Dauer von 6 bis zu 20 Jahren.

Lokales.

Karlsruhe, 6. Mai.

— **Hoftheater.** Der Vater des Kammersängers Herrn Plank ist in Wien gestorben und hat die plötzliche Abreise des Letzteren dahin veranlaßt, weßhalb gestern an Stelle des „Fidelio" „Das goldene Kreuz" treten mußte und voraussichtlich auch der „Eid" Sonntag nicht zur Aufführung gelangen dürfte.

— **Auszeichnung.** Auf Antrag des Preisgerichts ist der Firma H. Lanz in Mannheim, neben der goldenen Medaille, vom Hauptausschuß der Jubiläumsausstellung die höchste Auszeichnung, ein „Ehrendiplom", für vorzügliche Gesammtleistung zuerkannt worden.

⊙ **Strafkammer.** Tagesordnung der Strafkammer III. Samstag, den 7. Mai, Vormittags ½9 Uhr. 1. Gustav Hils von hier wegen Diebstahls. 2. Ferdinand Frey von Ersingen wegen Diebstahls. 3. Christian Friedr. Faas und dessen Ehefrau Christine geb. Bauer von Pforzheim wegen Betrugs. 4. Heinr. Röther von Bruchsal wegen Hehlerei. 5. Karl Winter von Pforzheim wegen Schmähung. 6. Berthold Laible von Malsch wegen Uebertretung des § 367 Ziffer 6 R.-St.-G.-B. 7. Johann Wilhelm Kuhn von Jöhlingen wegen Beleidigung.

Neueste Nachrichten.

Luxemburg, 6. Mai. Die beiden gestern verhafteten Anarchisten wurden wegen Landstreichens zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt. Sie werden dann über die Grenze befördert. Bei einem fand man anarchistische Schriften. Der eine ist Schweizer, der andere Franzose.

Wien, 6. Mai. 200 Delegirte der Fiaker und Einspännerkutscher haben gestern Abend trotz entgegenkommender Erklärungen des Polizeirathes Breitenfeld beschlossen, den Streik heute Freitag 12 Uhr Nachts zu beginnen.

Paris, 6. Mai. Der Staatsrath erklärte den neuerlichen gemeinsamen Hirtenbrief des Bischofs von Avignon und der Suffraganbischöfe von Nimes, Viviers, Valence und Montpellier für einen Mißbrauch der Amtsbefugnisse.

Lüttich, 6. Mai. Gestern Abend wurden Guillmot, Schmied aus Cheneux, und Schankwirth Schlerbach verhaftet, welche sich durch den Dynamitfund bei Beaujean kompromittirt haben.

Rom, 6. Mai. In Abgeordnetenkreisen verlautet, der Ministerrath berieth gestern Abend über die Demission. Rudini werde heute dem Könige die Entlassung des Kabinets einreichen. Viele, so wird der „Frankf. Ztg." telegraphirt, halten für wahrscheinlich, ein Kabinet Sarako-Giolitti, andere die Auflösung der Kammer. — Rudini fällt als Opfer seiner Zaghaftigkeit, aber auch seiner übel angebrachten Loyalität. Er ist kein epochemachender Staatsmann, aber ein lauterer Charakter. Sein Fall ist um so bedauerlicher, als es seinem Nachfolger besser gelingen wird, die inneren Verhältnisse zu bessern, so lange das moralische Niveau der Kammer unverändert ist.

Weinstube zum „Rodensteiner",
Karlsruhe, Herrenstraße 16,
bestens empfohlen.

Centrums-Versammlung.

Nächsten **Sonntag, den 8. Mai, Nachmittags 4 Uhr,** findet im Gasthaus „zum Löwen" in **Kenzingen** eine **Centrums-Versammlung** statt, zu welcher die Herren Reichs- und Landtagsabgeordneten Hug und Schättgen ihr Erscheinen zugesagt haben.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 5. Mai. (Produktenbörse.) Weizen pfälzer —.— —.—, norddeutscher —.———.—, russ. Saxonska —.———.—, Azima 21.——21.25, Girka 21.— bis 21.25, Taganrog 21.——21.25, amerik. Winter 21.25 bis —.—, rumänischer 20.75—21.25, Theodosia —.———.—, Kernen 21.——.—, Roggen pfälzer 18.75——.—, russischer 19.50—20.—. Gerste hiesige Gegend 15.50——.—, pfälzer 16.——16.25, ungarische —.———.—. Hafer badischer 13.75 bis 14.25, norddeutscher —.———.—, russischer —.———.—. Mais amerik. mixed 11.75——.—, Donau 13.50——.—. Kohlreps deutscher neuer 27.50——.—. Leinöl mit Faß 45.50——.—. Rüböl mit Faß 62.———.—. Petroleum mit Faß fr. mit 20 pCt. Tr. 19.50——.—. Weizenmehl Nr. 00 36.—, Nr. 0 33.—, Nr. 1 31.—, Nr. 2 30.—, Nr. 3 29.—, Nr. 4 27.—. Roggenmehl Nr. 0 32.—, Nr. 1 29.—. Tendenz: Weizen und Roggen ruhig, Gerste und Hafer unverändert.

Mannheim, 5. Mai. (Produktenbörse.) Weizen per Mai 18.65, per Juli 18.95, per November 19.—. Roggen per Mai 18.65, per Juli 17.90, per November 16.80. Hafer per Mai 13.80, per Juli 13.80, per November 13.80. Mais per Mai 11.30, per Juli 11.40, per November 11.75. Tendenz: fester.

Mannheim, 5. Mai. (Viktualienmarkt.) Kartoffeln per Ctr. 4.——4.50 Mk., per Pfund 4—5 Pfg.; Eier per Hundert 5.——5.50 Mk., per Stück —— Pfg.; Butter per Pfund 1.05—1.20 Mk.; Aepfel per Ctr. 14.——20.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Birnen per Ctr. 15.——25.— Mk., per Pfund —— Pfg.; Zwiebeln per Pfund 8—12 Pfg.; Sellerie per Kopf 8—12 Pfg.; Kirschen per Pfund — Pfg.; Gurken per Stück — Pfg.; Spargeln per Pfund — Pfg.; Bohnen per Pfund — Pfg.; Weißkraut per Kopf 12 bis 15 Pfg.; Rothkraut per Kopf 15—25 Pfg.

Mannheim, 5. Mai. (Fischmarkt.) Brasem per Pfund 40 Pfg., Hecht per Pfund 1.35 Mk., Barsch per Pfund 50 Pfg., Aal per Pfund 1.— Mk.

Mannheim, 5. Mai. (Strohmarkt.) ... per Ctr. 2.50—3.— Mk., Krechen per Ctr. 3.——3.50 Mk., Kornstroh per Ctr. 2.50—3.— Mk., Gerstenstroh 1.80 bis 2.— Mk.

Villingen, 3. Mai. 50 Kilo alte Kernen —.—, neue 11.32, Roggen —.—, Hafer alter 0.—, neuer 7.25, Gerste 9.25, Besen 0.—, Mischfrucht 6.48, 50 Liter neue Kartoffeln 3.50, 50 Kilo Wicken 8.96, Linsen —.— Mk., Bohnen 8.—, ½ Kilo Mehl 1. Sorte 24, 2. S. 23, 3. S. 22 Pfg., 50 Kilo Kleie 5.80 Mk., ½ Kilo Weißbrod 20, Schwarzbrod 15, Rindfleisch 65—68, Kalbfleisch 68—70, Hammelfleisch ——, Schweinefleisch 60—66 Pfg., 50 Kilo Heu 2.50——, Stroh 2.——0, 1 Ster Buchenholz 9.—, Eichen 9.—, Weißholz (Tannen) 7.— Mk., 10 Eier 50, ½ Kilo Butter 82—84 Pfg.

Frankfurt, 5. Mai. Obgleich von der Wiener Börse heute wiederum für die leitenden Werthe eine recht matte Tendenz gemeldet wurde, und für österreichische Rechnung starke Abgaben darin stattfanden, so vermochte dieser Vorgang doch keinen bemerkenswerthen Einfluß auf die Tendenz unseres Marktes auszuüben und derselbe zeigte im Großen und Ganzen eine recht freundliche Physiognomie. Lebhaftes Geschäft entwickelte sich in türkischen Werthen, Russen und auch Portugiesen. Bei letzteren Werthen stimulirte die Nachricht, daß die 6%, Arrangement-Anleihe abgeschlossen sei und wir hörten einen Kurs von 77½ nennen. Auch Schweizerbahnen waren befestigt, schwächten sich aber schließlich wieder etwas ab. Sonst war das Geschäft nur von geringer Bedeutung. (Frankf. Journ.)

Bayerische 100 Thlr.-Loose vom Jahre 1866. Ziehung am 2. Mai. Auszahlung am 1. Juni 1892. Am 1. März gezogene Serien: Nr. 17 19 57 58 66 86 213 228 259 262 318 321 415 431 463 547 585 596 623 637 654 691 738 756 774 820 841 853 1007 1028 1097 1148 1162 ... 1355 1394 1428 1448 1467 1475 1492 1528 1567 1577 1587 1658 1912 1975 2061 2079 2172 2173 2191 2217 2226 2229 2293 2395 2403 2436 2455 2496 2509 2515 2564 2577 2582 2629 2723 2778 2798 2807 2808 2822 2865 3007 3045 3055 3061 3098 3187. Hauptpreise: Nr. 65594 300,000 Mk. Nr. 29785 48,000 Mk. Nr. 15885 18,000 Mk. Nr. 131426 4800 Mk. Nr. 4265 122704 129087 129000 je 2400 Mk. Nr. 2822 38656 50595 78880 108565 119742 139873 130894 je 1200 Mk. Alle übrigen in den gezogenen Serien enthaltenen Nummern je 300 Mk. (Ohne Gewähr.)

Serbische 3% Prämien-Anleihe von 1881. 53. Verloosung am 14. April 1892. Gezogene Serien: 381 959 2092 3161 3789 4026 4286 4676 4741 5472 5762 6423 6454. Prämien: à 90,000 Fr. Serie 4026 Nr. 5. à 10,000 Fr. Serie 959 Nr. 2. à 3500 Fr. Serie 4286 Nr. 29. à 1000 Fr. Serie 959 Nr. 8, 4676 21. à 500 Fr. Serie 4026 Nr. 45, 4676 38, 5762 56. à 275 Fr. Serie 959 Nr. 42, 3161 8. à 160 Fr. Alle übrigen in obigen Serien enthaltenen Nummern. (Ohne Gewähr.)

Konkurse. David Mundel, Hirschwirth in Dorf Kehl, Amt Kehl, Eröffnungstermin 29. April, Anmeldefristablauf 28. Mai, 1. Gläubigerversammlung 30. Mai, Prüfungstermin 30. Mai. — Max Riefer, Kaufmann in Sulzburg, Amt Müllheim, 29. April, 30. Mai, 16. Mai, 15. Juni. — Leopold Reutlinger, Gastwirth in Karlsruhe, 30. April, 7. Juni, 30. Mai, 18. Juni. — Jakob Kipphan, Techniker in Mannheim, 2. Mai, 25. Mai, 1. Juni, 1. Juni. — Josef Steinbrenner, Bierbrauer in Gommersdorf, Amt Boxberg, 3. Mai, 30. Mai, 7. Juni, 7. Juni. — Jakob Grumbach, Kaufmann in St. Blasien, 3. Mai, 7. Juni, 1. Juni, 14. Juni.

Karlsruher Standesbuchs-Auszüge.

Eheaufgebot: 5. Mai. Felix Grammelspacher von Staufen, Sergeant hier, mit Elisabetha Weiß von Odenheim.
Geburten: 1. Mai. Karl Otto, Vater Karl Seith, Professor. — 4. Mai. Marie, Vater Johann Günzle, Taglöhner. — 5. Mai. Wilhelmina, Vater Josef Straub, Heizer.
Todesfälle: 4. Mai. Friedrich Gockel, Buchdruckereibesitzer, ein Ehemann, alt 45 Jahre. — Karoline, alt 1 Jahr 4 Monate 5 Tage, Vater Josef Konrad, Maurer.

Auswärtige Todesfälle.

Altglashütte: Mathias Willmann, 90 J.
Schwetzingen: Heinrich Welde, Expeditor, 38 J. († in Davos, Schweiz).
Graben: Karl L. Zimmermann, Pfandschreiber und Sparkassenrechner a. D.

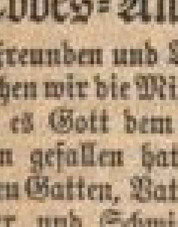
Marienburger Geld-Lotterie.

Bei der Ende voriger Woche stattgehabten Ziehung wurden aus unserer Kollekte nachstehende Loose gezogen:
Nr. 307368 . . . 60 Mk.
„ 345793 . . . 15 „
„ 345814 . . . 60 „

Expedition des „Badischen Beobachters“.

Offenburger Pferdemarkt-Loose

à 2 Mk., auswärts 2 Mk. 20 Pfg. franko, sind vorräthig bei der
Expedition des „Bad. Beobachters“ in Karlsruhe.



Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten machen wir die Mittheilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern guten Gatten, Vater, Großvater und Schwiegervater,

Herrn
Martin Rappert,
ehemals Bürgermeister und Bezirksrath, Inhaber der goldenen Civil-Verdienstmedaille (1866),

nach langem schwerem Leiden, im Alter von 69 Jahren, versehen mit den hl. Sterbsakramenten, heute Nachmittag in ein besseres Jenseits abzurufen.

Die hochw. Herren Geistlichen, welche den Verstorbenen kannten, bitten wir, seiner im Gebete gedenken zu wollen.

Wir bitten um stille Theilnahme.

Schönfeld, Amt Tauberbischofsheim, 4. Mai 1892.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen.

Bekanntmachungen, Versteigerungen &c.

Bekanntmachung. Wegen Vergrößerung des Rathhauses soll das nebenliegende sogenannte Wurz'sche Haus auf den Abbruch versteigert werden. Dasselbe ist dreistöckig und im Holzwerk noch ziemlich gut erhalten. Die Steigerung findet am Montag, den 9. Mai, Vormittags ½9 Uhr, auf dem Rathhause hier statt, wozu Liebhaber eingeladen sind. Die Bedingungen können bis dahin jeweils während der vormittägigen Dienststunden auf der Rathskanzlei eingesehen werden. Ettlingen, den 29. April 1892. Bürgermeisteramt.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

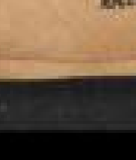
Gemäß § 2 unserer Statuten findet am Sonntag, den 8. Mai (Schutzfest unseres Patrons, des hl. Josef), Vormittags präcis halb 8 Uhr:

Generalkommunion

in der Stadtpfarrkirche zu **St. Stefan** statt. Unsere Mitglieder werden höflichst gebeten, ihre Pflicht zu erfüllen, und womöglichst vollzählig zu erscheinen. Beichtgelegenheit in beiden Pfarrkirchen Samstag Abend und Sonntag früh von halb 6 Uhr ab.

NB. Sonntag Abend 8 Uhr in unserem Vereinsheim, im großen Saale, Zusammenkunft der Mitglieder mit ihren Familienangehörigen zur Feier des 3. Stiftungsfestes, wobei der hochw. Herr Kaplan Thoma einen Vortrag halten wird.

Der Vorstand: Kaiser.



Kassenschränke
in nur bester Qualität bei
Wilh. Weiss,
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 2. 51

Neuer Verlag von Friedr. Pustet in Regensburg,
zu beziehen durch die Unterzeichnete:

Auer, J., (Op. 5.), **Te Deum laudamus,** 5 vocum. (Dem hochwürdigsten Herrn Bischof Ignatius von Regensburg zum 50jährigen Priesterjubiläum gewidmet.) Partitur 2 M. 40 Pf., 5 Stimmen (à 10 Pf.) 50 Pf.

Compendium Antiphonarii et Breviarii Romani concinnatum ex editionibus typicis cura et auctoritate S. Rituum Congregationis publicatis. Cum privilegio. Editio stereotypica. Unveränderter Neudruck. M. 3.60.
— — Dasselbe, in Leinwandband mit rothem Schnitt „ 4.80.
— — „ in ½ Chagrinband „ 5.20.

Diebold, Joh., (Op. 53), 25 **Jesus-Maria-Joseph- und Aloysiuslieder** mit deutschen Texten. Ein- oder zweistimmig mit Orgel (Harmonium) oder für vierstimmigen gemischten Chor für Kirche, Schule und Haus, leicht ausführbar. gr. 8. Partitur 1 M. 20 Pf. Stimmen (à 40 Pf.) 1 M. 60 Pf.

Schildknecht, J., (Op. 19.), **Recitations-Kadenzen.** 178 Kadenzen für die Orgel zum Gebrauche beim Recitiren. M. 1.60.

Stehle, J. G. Ed., Praeludia organi ad singulas partes cantus Gregoriani quem Graduale Romanum authenticum exhibet. — **Vorspiele** (Original-Kompositionen in den alten Tonarten) **über Choral-Motive zu den Introiten, Offertorien und Communionen** des officiellen Graduale Romanum. In vielen Beiträgen. Quer-Quart M. 6.—.
— — Dasselbe, in ½ Chagrinband „ 8.—.

Freiburg im Breisgau **Literarische Anstalt**
und deren Agentur in Karlsruhe, Herrenstrasse 34.

„Auf ihrem Haupte eine Krone von 12 Sternen.“ (Apo. 12, 1.)

Im Hinblick auf diese Sternenkrone möchte der Unterzeichnete 12 000 Namen in ein eigens dafür bestimmtes Buch eintragen („goldenes Buch“), damit 12 heilige Messen zu Ehren der Himmelskönigin **für die Einsender** gestiftet würden und sollen diese hl. Messen eine in jedem der 12 Monate, alljährlich für ewige Zeiten gelesen werden. Die Einschreibgebühr soll 1 Mark betragen! **Der Reinertrag dieser Einschreibgebühren fließt dem Kirchenbau-Verein in Bingen zu!**

Sollten bis 30 Mai 1892 — dem letzten Termin zur Einsendung der Namen! — mehr als 12 000 Namen eingesandt sein, so wird für jedes begonnene 1000 eine hl. Messe zum Troste der armen Seelen gestiftet werden; sollten es weniger Namen sein, dann entsprechend weniger hl. Messen! 3.2

Der hochw. Herr Bischof von Mainz schreibt: „Es ist dringend nothwendig, in Bingen eine Kapelle zu bauen und einen Gottesdienst einzurichten. Allen, welche zu diesem Werke mithelfen, theile ich meinen Segen.“

Meine Adresse ist jetzt: Pfarrer **L. Schreiber, Alzey,** Großh. Hessen.

NB. Im Januar l. J. erhielt ich über 4000 Namen; aber die Zeit der Einsendung war zu kurz, deshalb dieses neue Anerbieten — Verstorbene können auch eingetragen werden. Nach dem 30. d. M. werden keine Namen angenommen. D. O.

Kath. Kaufmännischer Verein „Fidelitas“.

Zu dem am **Samstag, den 7.,** und **Sonntag, den 8. Mai a. c.** stattfindenden

VIII. Stiftungsfeste

laden wir hiermit unsere verehrlichen Mitglieder nebst deren Angehörigen ergebenst ein.

Programm.

Samstag, den 7. Mai.

Abends ½9 Uhr: Bankett im Vereinslokal „Augustiner“, Kreuzstraße Nr. 33.

Sonntag, den 8. Mai:

Morgens ½10 Uhr: Festgottesdienst in der Liebfrauenkirche.
Morgens 11 Uhr: Frühschoppen im Café „Lohengrin“, Karl-Friedrichstraße Nr. 32.
Mittags 1 Uhr: Festessen im Hotel „Tannhäuser“.
Nachmittags 3 Uhr: Gemeinschaftlicher Spaziergang u. Besuch des Stadtgartenconcerts.
Abends ½8 Uhr (pünktlich): Festversammlung mit Tanz im Saale des Hotels zum „Weißen Bären“.

Der Vorstand.

Bad Neuenahr.

Saison 1. Mai bis 30. Sept. Per Bahn von Bonn 1 Stunde. Lithionhaltige alkalisch muriatische Therme. Wirkung sehr bewährt zwischen Carlsbad, Vichy und Ems mildlösend und den Organismus stärkend. Nur das Kurhotel (renommirt gute Küche und Weine, mässige Preise) steht mit Bädern und Lesesaal in Verbindung. Prospekte gratis.

ARETZ & Cie., Karlsruhe,
Kreuzstrasse 21,
nächst der Spitalstrasse,
Speciageschäft für:
Technische, chirurgische und Gummi-Kurzwaaren,
Asbestfabrikate, Lederriemen, Gummiriemen,
Kameelhaar- und Baumwolltuch-Riemen, Hanfschläuche,
Wasserstandsgläser, wasserdichte Wagen- und Pferde-Decken,
Kautschuk-Regenmäntel für Herren und Damen,
Gummischuhe, Hosenträger, Verbandstoffe,
Linoleum und Wachstuche,
Gummi-Spielwaaren,
Artikel für Krankenpflege
etc. etc. etc. 26.24
en gros. — en detail.

Karlsruher Colosseum.
Unwiderruflich nur noch 3 Vorstellungen.
Samstag keine öffentliche Vorstellung.
Montag, den 9. Mai:
Grosse
Gala- und Abschieds-Vorstellung
des gesammten Künstler-Personals
zum Besten des Badischen Frauen-Vereins mit erhöhten Preisen

I. Karlsruher Hut-Bazar,
Josef Goldfarb,
32 Kriegstraße 32, gegenüber dem Hauptbahnhof,
neben Hotel National und Bahnhof-Hotel.
Herren-Filzhüte, das Neueste,
in allen Farben und Formen, größte Auswahl,
jeder Hut **2.50 Mk.** jeder Hut.
Knaben-Hüte 1.50 bis 2 Mk. bis feinsten.
Sonnen- und Regenschirme von 2.50 Mk. bis zu den feinsten.
Feste Preise. Reelle Bedienung.

Diplom 1882. Diplom 1883.

Gebr. Dees, Nachf. **Eug. Klingele,**
Kaiserstr. 126, **KARLSRUHE,** Kaiserstr. 126,
empfiehlt seine beste und billigste 50.28
Reparaturen-Werkstätte für Uhren.

Ehe-Andenken,
100 Stück 1 Mk. 50 Pf.,
empfiehlt die
Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe.

Aechten
Linoleum-
Fußboden-Glanzlack
in den bekannten 8 brillanten Farben Nr. 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27 und 28 offerirt zu billigsten Preisen
Julius Dehn,
Drogen- und Farben-Handlung,
55 Zähringerstraße 55,
Fernsprech-Anschluß Nr. 201.
NB. Anstrichbüchelchen wie Muster der fertig n Lacke gratis zu Diensten. 30.1

Filder-Sauerkraut,
sehr schön, per Pfund **8 Pfg.,** empfiehlt
Wilh. Wiessner,
9 Marienstraße 9.

RUDOLF MOSSE
Annoncen-Expedition
46 Amalienstrasse 46
(am Kaiserplatz)
KARLSRUHE. 6

Apollinaris, Emserwasser, Selterswasser, Syphon, Sodawasser, Himbeersaft
empfiehlt
Franz Mayer, Kurvenstraße 18.

Das Zahn-Atelier
von
Karl Petry 50.11
befindet sich
Ludwigsplatz 63, eine Stiege hoch
(Krokodil).

Ein jg. penf. Hauptlehrer sucht passende Stelle oder Beschäftigung als Privatlehrer, Hauslehrer, Organist, auf ein Comptoir &c. Offerten befördert unter **Nr. 96** die Expedition dieses Blattes.

Haushälterin.

Ein katholisches Mädchen, aus guter Familie, in der Haushaltung und besserem Küche durchaus bewandert, im Besitze guter Zeugnisse, sucht Stelle in einem Pfarrhaus bis 1. Juli oder später. Gefl. Offerten bittet man unter **Nr. 93** an die Expedition d. Bl.

Cigarrenarbeiter-Gesuch.

Tüchtige, gewandte **Roller,** sowie **Wickelmacher** werden in eine auswärtige Fabrik gesucht. Antrag. nebst Zeugnissen erbeten unter **Nr. 95** an die Expedition d. Bl.

Notirungen der Frankfurter Börse
vom 5 Mai 1892.

Staatspapiere.

4 %	Deutsche Reichs-Anl.	M.	106.80.
3½ „	„	„	99.90.80
3 „	„	„	85.80.
4 „	Preuss. Consols	„	106.80.
3½ „	„	„	99.90.80
3 „	„	„	85.80.
4 „	Bayer. Abl.-Rente	fl.	104.80.
4 „	Württ. Rente v. 85 u. 87	M.	105.—.
4 „	Badische Obligationen	fl.	102.90.10
4 „	„ v. 1886		105.90
4 „	Oest. St.-Sch. Gold Elisab.		98.90.
4 „	„ Goldrente	fl.	95.—.
4⅕ „	„ Silberr.	„	80.70.
4⅕ „	„ Papier.	„	81.—.
4 „	Ungar. Goldrente	„	93.20.
5 „	„ Papierrente		88.85.90
4½ „	Portugies. Staatsanl.		39.60.
4½ „	„ Tabak-Anl.		74.50.40
3 „	„ Ausl. (Kl.)		27.40.40
5 „	Rum. Gold-Anleihe	fl.	104.—.
4 „	Span. ausl. Rente		60.90.
4 „	Italien. Rente		89.40.35
5 „	Serbien. Goldrente		80.40.50
5 „	Serbien, St. E. Hyp. Obg.		81.90

Bank-Aktien.

4½ %	Deutsche Reichsbank		147.80.70
4 „	Badische Bank		113.90.
4 „	Darmstädter Bank		—
5 „	Oest. Kredith. (Ultimo)		273⅝.¾
4 „	Rhein.		118.50.
4 „	Deutsche Bank		160.20.
4 „	Deutsche Union-Bank		69.80.

Inländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

4 %	Heidelberg-Speyer	Thlr.	40.80
4 „	Hessische Ludwigsb.	„	110.70.90
4 „	Ludwigsh.-Bexbach	fl.	221.70.
4½ „	Pfälzer Maxbahn		140.—.
4 „	„ Nordbahn		111.70.80

Ausländisch vollbez. Eisenbahn-Aktien.

5 %	Albrecht S. W. 200	fl.	76½.
5 „	Oest.-Ung. St. 500	Fr.	246½.
5 „	„ Nordwestb.	fl.	178¾.½
4 „	„ Lit. B. Elbthal	„	198.97½
5 „	Schweiz. Centralb.	Fr.	126.40.10
4 „	Gotthardbahn	„	156.40.30

Prioritäten.

5 %	Albrecht S. W. 300	fl.	—
5 „	„ in Gold 400	M.	108.—.
5 „	Oesterr. Südbahn		104.—.
3 „	„ „ 1871		—
5 „	„ Ung.-Staatsb. 1879		107.80.
3 „	„ Staatsb. 1.—8. Em.		84.40.
4 „	„ „ 9. Em.		82.90.10
3 „	„ „ Ergänz.		81.60.50
3 „	Prag-Dux-Eisenb. i. Gold		107.60.50

Verzinsliche Anlehens-Loose.

3½ %	Preuss. 100 Thlr.		—
3½ „	Köln-Mindener 100 Thlr.		136.40.
4 „	Bayerische 100 Thlr.		140.60.
4 „	Badische 100 Thlr.		136.10.
4 „	Meining. Pfdbr. 100 Thlr.		127.80.
4 „	Oldenburger 40 Thlr.		128.80.
5 „	Oest. v. 1854 ö. W. 250 fl.		122.—
5 „	„ v. 1860 ö. W. 500 fl.		125.40.30

Unverzinsliche Anlehens-Loose.

Braunschweiger 20 Thlr.	104.80.
Augsburger 7 fl.	29.40.
Ansbacher 7 fl.	42.50.
Meininger 7 fl.	27.80.
Pappenheimer	28.40.20
Freiburger 15 Fr.	30.80.
Mailänder 45 Fr.	41.60.
„ 10 Fr.	18.80.

Wechsel. K. S.

Amsterdam 100 fl.	169.20.
Antwerpen 100 Fr.	81.05.
Schweiz 100 Fr.	80.90.
Wien 100 fl. ö. W.	170.65.
Paris 100 Fr.	81.15.10
London	20.42.

Pfandbriefe.

4 %	Rhein. Hypothekenbank	100.60.
3½ „	„ „	95.30.
4 „	Bayer.	102.30.10
4 „	Württemb.	102.10.00

Verfallene Coupons.

Oesterr. Papier	170.30.
Amer. U. St.- u. E. B.	4.16½.

Geldsorten.

20-Franken-Stücke	16.24—20
„ „ in ½	16.22—19
Dukaten	9.60—55
„ al marco	9.60—65
Engl. Souvereigns	20.41—36
Russ. Imperials	16.75—65
Gold-Dollars	4.20—16
Reichsbank-Diskonto	3%.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Theil: J. Ableiter — Für den Inseratentheil: H. Vogel. — Beide in Karlsruhe. — Druck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Ablerstraße 42. — ... Direktor.